

## **8 Generaldebatte (11.40 Uhr)**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich danke auch herzlich. Vielen Dank. Diese Tagesordnungspunkte, Voranschlag 2024, Dienstpostenplan und die Wirtschaftspläne stehen nun zur Diskussion und wir kommen nun zu den Hauptredner:innen der Klubs. Und ich darf bitten, Frau Gemeinderätin Daniela Katzensteiner für die KPÖ, um ihren Beitrag.

### **8.1 GR<sup>in</sup> Daniela Katzensteiner, KPÖ (11.40 Uhr – 11.55 Uhr)**

GR<sup>in</sup> **Katzensteiner:**

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Der Finanzstadtrat hat es vorhin schon gesagt: Wir leben in unsicheren Zeiten. Diese machen bekanntlich auch vor dem Grazer Budget nicht halt. Der operative Saldo 2024 wird aller Voraussicht nach negativ sein und die Schulden werden leicht ansteigen. Gründe für diese Entwicklungen sind sowohl im Einnahmen- als auch im Ausgabenbereich auszumachen. Auch die Stadt Graz ist – wie die privaten Haushalte – von den massiven Kostensteigerungen in verschiedenen Bereichen betroffen. Leider wurde es auf Bundesebene im letzten Jahr versäumt, preisdämpfende Maßnahmen gegen die Inflation zu setzen. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hat man nicht in die Preise wichtiger Gruppe Bedürfnisse eingegriffen. Und wo dies doch passiert ist, kam es zu spät oder war zu wenig, siehe die Mietpreisbremse. Dadurch liegt die Inflationsrate in Österreich nach wie vor über dem EU-Schnitt. Der wirtschaftliche Ausblick für das Jahr 2024 ist nicht gerade rosig. Davon betroffen sind natürlich auch die Steuereinnahmen. Die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ hat überdies schon ein nicht gerade stabiles Budget der Vorgänger übernommen. Über Jahre sind in der Entwicklung des Budgets strukturellen Mängel erkennbar. Dass es leider offenbar schon von den Verantwortlichen der letzten Regierungsperiode

verabsäumt wurde, Schritte zu setzen, zeigte sich in einem aktuellen Bericht des Stadtrechnungshofes. Die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ geht diese Dinge nun an. Mit dem Kommunalen Plus und einer Umgestaltung der GUF ist man auf einem guten Weg und so wird es auch möglich sein, das schwierige Jahr 2024 gut zu überstehen. Andererseits sinken die Ertragsanteile im Vergleich zu den Kostensteigerungen. Aber nicht nur die Stadt Graz befindet sich in einer schwierigen finanziellen Lage. Dies hört man von vielen Gemeinden. Und trotzdem wurden die Rufe der Gemeinden nach einer anderen, gerechteren Verteilung der Steuereinnahmen nicht gehört. Die Gemeinden übernehmen immer mehr Aufgaben der Daseinsvorsorge, sie sind direkt an den Menschen dran und sorgen für die Erfüllung grundlegender, alltäglicher Bedürfnisse. Leider bleiben die Anteile der Gemeinden am Steuerkuchen hinter diesen Anforderungen zurück. Besonders die Stadt Graz ist hier im Vergleich zu anderen Städten benachteiligt. Die Grazerinnen und Grazer sind offenbar dem Bund weniger Wert als beispielsweise die Innsbruckerinnen und Innsbrucker oder die Linzerinnen und Linzer. Ein System, das vor Jahrzehnten implementiert wurde, aber mittlerweile den Gegebenheiten nicht mehr entspricht und dementsprechend abgeändert gehört – was auch schon vom früheren Bürgermeister Siegfried Nagl immer wieder betont wurde. Leider wurde eine solche Neuregelung von den Verantwortlichen abgelehnt. Stattdessen hat man einen sogenannten Zukunftsfonds aus dem Hut gezaubert. Schön und gut, wenn hier den Gemeinden bei wichtigen Dingen, wie dem Ausbau der Kinderbetreuung, unter die Arme gegriffen wird, letztlich ist dies aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und wird nicht dazu beitragen, die Gemeindebudgets nachhaltig zu entlasten. Die Kollegen aus dem Stadtsenat, die sich schon im Vorfeld darüber beschwerten, von Finanzstadtrat Eber zu wenig Geld erhalten zu haben, hätten sich bezüglich einer gerechteren Verteilung der Steuermittel direkt an ihren Parteikollegen Finanzminister Brunner wenden können. Stattdessen müssen wir nun mit dem arbeiten, was wir haben. Erschwerend wirkt sich hier ebenfalls die Neugestaltung des Pflegefinanzierungsgesetzes aus, welches über den Kopf der Stadt Graz hinweg entschieden worden ist. Dieses sieht die Auflösung der bisher bestehenden Sozialhilfeverbände und eine Umgestaltung der Finanzierung vor. Davon profitieren

werden Gemeinden mit alternder Bevölkerung, Verschlechterungen ergeben sich aber bei der Stadt Graz und ebenso bei Gemeinden aus Graz-Umgebung. Dieses neue Gesetz belastet den Grazer Haushalt im Zeitraum 2024 bis 2027 mit 50 Millionen Euro. Dass es grundsätzlich für Kommunen immer schwieriger wird, ihren gesetzlichen Aufträgen bezüglich der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger nachzukommen, habe ich schon dargelegt. Dass dies für sogenannte Abwanderungsgemeinden umso mehr gilt, ist klar. Hier wäre allerdings wiederum das Land gefordert, den Gemeinden unter die Arme zu greifen. Es kann jedenfalls nicht sein, dass die Besserstellung dieser Gemeinden auf Kosten der Stadt Graz stattfindet. Dies kann auch nicht im Interesse des Landes sein. Im Übrigen sei auch erwähnt, dass die Stadt Graz ohnehin budgetär für Leistungen aufkommt, von denen auch die anderen steirischen Regionen profitieren, beispielsweise im Bereich der Bildung und Wissenschaft mit der FH Joanneum oder im Bereich der Gesundheit mit der Landesrettungsleitstelle, wo sich auch die Stadt Graz finanziell beteiligt. Hier sollte sich das Land dringend Gedanken machen, wie es seiner Landeshauptstadt finanziell unter die Arme greifen kann. Wie bereits erwähnt, werden die Schulden 2024 leicht ansteigen. Auf weitere Perspektive flacht sich diese Kurve aber ab und es ist aus jetziger Perspektive von einem stabilisierten Schuldenpfad bis 2025 auszugehen. Die aktuell vorgelegte Mittelfristplanung prognostiziert für das Jahr 2025 einen Schuldenstand von rund 1,8 Milliarden Euro. In der 2021 vorgelegten Mittelfristplanung lag diese Prognose noch bei rund 2,3 Milliarden Euro. Eine grundsätzlich positive Entwicklung unter der Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ, die zeigt, dass die zuvor erwähnten Maßnahmen offenbar in die richtige Richtung gehen. Per se sind Schulden aber auch nicht immer etwas Negatives. Ein öffentlicher Haushalt, sei es das Bundesbudget oder das Budget einer Stadtgemeinde wie Graz, ist eben nicht vergleichbar mit dem Haushalt der viel zitierten schwäbischen oder, in unserem Fall, steirischen Hausfrau. Dies ist ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Die Frage ist immer, wofür werden Schulden aufgenommen? Wer profitiert letztendlich vom aufgenommenen Geld? Und wird der Haushalt durch die Investitionen auf langfristige Perspektive vielleicht sogar entlastet? Schulden, die dafür gemacht werden, um das Leben der Menschen zu verbessern,

unsere Umwelt und unser Klima zu schützen und gerechte Bedingungen und ein gutes Leben für alle schaffen, sind sinnvolle Schulden. Die Einnahmequelle für den Staatshaushalt sind natürlich Steuern, auf kommunaler Ebene die Kommunalsteuer. Den größten Anteil des Steuerkuchens machen aber Massensteuern wie die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer aus. Von Letzterer sind gerade Menschen mit geringem Einkommen anteilmäßig stärker betroffen, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens verkonsumieren. Was hingegen in Österreich nicht oder kaum besteuert wird, sind Erbschaften und Vermögen. Im Vergleich der 38 OECD Mitgliedsstaaten hat Österreich im Jahr 2022 den fünftletzten Platz belegt. Und da die Vermögensungleichheit in Österreich eine sehr hohe ist – im Jahr 2022 besaß das reichste Prozent rund 40 % des Vermögens – empfiehlt auch die OECD, die bekanntlich keine sozialistische Organisation, die Einführung einer Vermögenssteuer in Österreich. Warum jemand völlig leistungslos Millionen und Milliarden erben soll, aber keinen Cent Steuern dafür zahlt, ist einfach nicht nachvollziehbar. Ebenso wenig nachvollziehbar ist, warum es Konzernen nach wie vor möglich ist, jährlich Milliarden in Steuerparadiesen zu parken, die dann den öffentlichen Haushalten fehlen. In einem Artikel zu den Enthüllungen über Zypern als Steuerparadies wird hier eine Zahl von 4,4 Milliarden Euro genannt, die dem österreichischen Fiskus durch solche legalen Steuerschlupflöcher im Zeitraum 2015 bis 2020 entgangen sind. Dieses Steuerdumping geht im Übrigen auch zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit unserer kleinen Innenstadthändler. Deshalb wäre es höchst an der Zeit, solche Schlupflöcher zu schließen. Stattdessen geht man dann aber lieber oft dazu über, Steuern für Unternehmen zu senken. Sinkende Steuereinnahmen machen dann aber eben oft wieder eine höhere Verschuldung nötig. Mehr Einnahmen im bundesweiten Haushalt vergrößern den gesamten Steuerkuchen und somit würde auch mehr Geld für den Grazer Haushalt abfallen. Vielleicht setzen sich ja die Stadträte Hohensinner und Riegler künftig bei ihrem Parteikollegen Finanzminister Brunner für oben genannte Maßnahmen ein. Wenn wir vorhin gesehen haben, was aus unserer Perspektive sinnvolle Schulden sind, möchte ich noch auf Beispiele für weniger sinnvolle Schulden eingehen. Diese sind aus meiner Perspektive Schulden beispielsweise für

Prestigeprojekte, wie sie von der Vorgängerkoalition immer wieder erdacht wurden und von der KPÖ im Bündnis mit der Bevölkerung verhindert werden konnten. Wozu solche Projekte im schlimmsten Fall führen können, zeigt die Gemeinde Seefeld als jüngstes Beispiel, bei der nach Durchführung der nordischen Ski-WM der Pleitegeier über dem Rathaus kreist. Und während auf Bundesseite oft kein oder zu wenig Geld für wichtige Dinge, wie eine Kindergrundsicherung, Investitionen in Gesundheit und Pflege oder Bildung da zu sein scheint, wird das Geld fürs Militär erhöht, vor allem in einem neutralen Land wie Österreich für mich nicht besonders nachvollziehbar. Nun zum vorliegenden Budget, auch 2024 werden in Graz wichtige Investitionen getätigt werden. Investitionen in Soziales und Wohnen, Klima und Umweltschutz, in die Gesundheit und Bildung. Diese sind essentiell und rechnen sich auf langfristige Perspektive auch. Es stehen uns hohe Strafzahlungen bevor, wenn wir die Klimaziele nicht erreichen. Da ist es doch sinnvoller, jetzt Geld für die Erreichung der Ziele in die Hand zu nehmen, anstatt später für Strafzahlungen. Gleiches gilt für durch den Klimawandel bedingte Unwetterkatastrophen, deren Folgen ebenfalls hohe Kosten verursachen. Aus diesem Grund wird weiterhin Geld in den Ausbau der Infrastruktur für sanfte Mobilität investiert und Umweltprojekte werden gefördert. Ebenso wichtig ist es, den Bestand der Stadt Graz abzusichern, dies betrifft vor allem Investitionen in das Kanalnetz sowie in die Sanierung von Kindergärten und Schulen. Hier wurden die Mittel erhöht. Auch Investitionen in Soziales und Wohnen zahlen sich langfristig aus. Die beste Vorsorge gegen Armut wäre natürlich dementsprechende Löhne. Die Realität ist allerdings, dass viele Menschen trotz Erwerbsarbeit kaum über die Runden kommen und es auch durch Krankheit oder andere Gründe Lebenssituationen gibt, warum Menschen auf soziale Leistungen angewiesen sind. Dass wir als Stadt auf keinen Menschen vergessen und jeder Mensch ein würdiges Leben führen kann, ist eine Investition, die sich für eine Gesellschaft als Ganzes in jedem Fall rechnet. Ebenso aber nützt es der Wirtschaft, wenn die Menschen ein bestimmtes Maß an Kaufkraft haben, vor allem jenen Betrieben in der Innenstadt, derer sich die ÖVP in den letzten Monaten ganz besonders angenommen hat. Zahlungen, wie die Baustellenförderung sind wichtig, das Wichtigste für die kleinen Unternehmen in der Innenstadt ist aber, dass

die Menschen in Graz die finanziellen Möglichkeiten haben, etwas bei ihnen zu kaufen. Wenn sich immer weniger Leute Shopping-Touren leisten können, helfen auch noch so viele Tiefgaragenplätze nichts. Investitionen in eine gute Infrastruktur, in Grünraum, in Bildung und Wissenschaft und die Gesundheit und in verschiedenste andere Bereiche machen Graz zu einer lebenswerten Stadt und das ist letztlich auch gut und wichtig für die städtische Wirtschaft. Damit die Menschen nicht einen Großteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen, sondern ihnen eben auch noch für andere Dinge zu konsumieren, Geld übrigbleibt, ist es wichtig in den öffentlichen Wohnbau zu investieren. Deswegen werden weitere Gemeindewohnungen gebaut und Grundstücke für künftige Wohnungen gesichert. Mit der Sanierung der Zentralküche wird sichergestellt, dass auch weiterhin öffentliche Einrichtungen, wie Kindergärten und Schulen, Kindern ein warmes, gesundes und preiswertes Essen anbieten können, jenseits bekannter Fast Food Unternehmen. Aber ebenso fließt Geld in die Bildung und in die Pflege und Gesundheit. So werden beispielsweise die schulautonomen Mittel aufgestockt und ein Pilotprojekt zur Anstellung pflegender Angehöriger, ermöglicht es, dass Menschen, die Familienmitglieder pflegen, nun eine finanzielle und soziale Absicherung erhalten. Das Jahr 2024 wird ein herausforderndes Jahr für die öffentlichen Haushalte, aber ebenso für die privaten Haushalte. In dem Sinne war es eine Herausforderung einerseits darauf zu achten, dass das Budget sich trotz der schwierigen Lage in stabilen Bahnen bewegt, andererseits aber auch, dass wichtige Leistungen für die Menschen erhalten bleiben und in essenzielle Bereiche der öffentlichen Versorgung investiert wird. Das vorliegende Budget ist eines, das sicherstellt, dass vor allem auf jene nicht vergessen wird, die nicht auf die Butterseite gefallen sind und oft von der Politik nicht gehört werden. Der Blick von unten ist auch im Budget 2024 erhalten geblieben. Zum Abschluss möchte ich mich noch bedanken beim Finanzdirektor und bei allen Mitarbeiter:innen in der Finanzdirektion sowie allen Mitarbeiter:innen, die bei der Erarbeitung des Budgets mitgewirkt haben. Vielen Dank.

**8.2 GR<sup>in</sup> Anna Hopper, ÖVP  
(11.56 Uhr – 12.16 Uhr)**

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Sehr geehrte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie und im Livestream und vor allem auch geschätzte Verantwortungsträger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses Graz. Vor etwas mehr als einem Jahr waren wir mit der Situation konfrontiert, dass der Stadtrechnungshof in einem besorgniserregenden Schreiben festgestellt hat, dass die Liquidität unserer Stadt gefährdet ist. Für all jene, die mit solchen Finanzenformulierungen nur wenig anfangen können, der Stadtrechnungshof hat darauf hingewiesen, dass die Stadt Graz ihre Rechnungen nicht mehr begleichen wird können. Bereits im Vorfeld zu dieser verheerenden Feststellung durch den Stadtrechnungshof haben wir als Volkspartei bereits darauf hingewiesen, dass es sich bei dem damals beschlossenen Budget um einen statutenwidrigen Beschluss gehandelt hat, der geschönte Zahlen zum Inhalt hatte. Noch bevor der Herr Stadtrechnungshofdirektor aktiv wurde, hatten wir bereits vor genau dieser Entwicklung gewarnt und darauf hingewiesen, dass dieses Budget nur beschlossen wurde, um der KPÖ eine undifferenzierte Ausweitung der sozialen Ausgaben zu ermöglichen. Während das Land Steiermark Gott sei Dank keinen Regierungskommissär einsetzen musste und damit auch die Auflösung des Gemeinderates verhindert wurde, hatte das alarmierende Schreiben dennoch negative Auswirkungen auf das Standing der und auf die Sicht auf die Stadt Graz, auch auf die Sicht ihre rot-rot-grüne Koalition und auf die Sicht auf die Bürgermeisterin. Im vergangenen Jahr, wie es wenig überraschend auch für die heutige Sitzung zu erwarten war, versucht die KPÖ und die Rathauskoalition gebetsmühlenartig ihr aktuelles Versagen im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt, auf die Vorgängerregierung und Regierungen abzuwälzen. Als Volkspartei werden aber auch wir nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass die Investitionen der letzten 20 Jahre im Bereich des öffentlichen Verkehrs, im Bereich der Bildungseinrichtungen und im Bereich der

lebensqualitätssteigernden Projekte zu 95 % einstimmig beschlossen wurden. Und nach fast zweieinhalb Jahren in Verantwortung sollte es eigentlich nunmehr an der Zeit sein, dass Bürgermeisterin Kahr und ihre Koalition diese Gesamtverantwortung für die Stadt, für ihre Bürgerinnen und Bürger und eigentlich auch für die finanzielle Situation tatsächlich wahrnehmen. Das vorliegende Budget zeigt aber bedauerlicherweise, dass sowohl Bürgermeisterin als auch ihre Koalitionspartner keine Gesamtverantwortung übernehmen wollen. Vielmehr lassen sie auf Kosten der zukünftigen Generationen den Schuldenstand der Stadt bis 2028 auf satte 2,4 Milliarden Euro ansteigen und kürzen die Budgets jener Ressorts und Bereiche, die das wirtschaftliche Vorankommen und die Zukunft der Stadt absichern. Und was noch etwas erschreckender ist, sie gefährden die finanzielle Situation der Stadt durch das Auffetten eigener Sparbücher und Wunschprojektbudgets. Ich möchte an dieser Stelle ganz bewusst Frau Bürgermeisterin Kahr in die Pflicht nehmen. Als Bürgermeisterin obliegt es immerhin ihr, das gesamte städtische Budget und das Haus Graz in Blick zu haben und sicherzustellen, dass ihre Regierungsmitglieder, ihre Koalitionspartner und insbesondere auch ihre Parteikollegen hier nicht gegen die Interessen der Bevölkerung handeln. Die Grazerinnen und Grazer erwarten sich, dass die Regierung ihre Hausaufgaben erledigt, bevor sie zur Wunsch-Traumliste übergeht. Besonders erschreckend ist, und das möchte ich auch persönlich sagen, diese Erkenntnis, dass für die Bürgermeisterin dieser grundsätzlich logische Zugang anscheinend phasenweise auch so geteilt wird. Ich möchte das in einem kurzen Beispiel beschreiben. Als Vorsitzende des Kuratoriums der Bürgerspitalstiftung beispielsweise ist es für Frau Bürgermeisterin Kahr selbstverständlich, dass dringende Sanierungen von Gebäuden und der Erhalt der Substanz wesentlich sind und dass die Absicherung des Fundamentes, und damit der Existenzberechtigung der Stiftung, nämlich der Gebäude, immerhin Voraussetzung dafür ist, dass überhaupt über Ausweitungen von Unterstützungsleistungen gesprochen oder die Einführung zusätzlicher Unterstützungen für Anspruchsberechtigte in Erwägung gezogen werden kann. Diese aus meiner Sicht und unserer Sicht sehr logische und verantwortungsbewusste Herangehensweise, nämlich das Fundament abzusichern, bevor man finanzielle Mittel

für zusätzliche Projekte fixiert, hat bei der Erstellung dieses Budgets leider nicht Einzug gehalten, vielmehr liegt eine gegenteilige Philosophie zugrunde. Aufgrund der prekären finanziellen Lage in der sich die Stadt aufgrund der Untätigkeit und mangelnder Initiative des zuständigen Finanzstadtrates befindet, entscheidet sich die Koalition dazu beim Fundament, also bei fundamentalen Bereichen, einzusparen und zu wenig Geld zur Verfügung zu stellen. Parallel dazu werden kaum nachvollziehbare Steigerungen in jenen Bereichen vorgelegt, die zwar nicht der gesamten Grazer Bevölkerung dienlich sind und einen Mehrwert bringen, aber sehr wohl der dunkelroten und grünen Wählerschaft. Aber vielleicht zuerst zum Fundament, von rund 8.300 Kindern bis sechs Jahren, sind aktuell rund 7.900 in unseren Grazer Kinderbetreuungseinrichtungen. Ein Versorgungsgrad, der aktuell noch über den EU-Vorgaben liegt und im Jahr 2022 sogar noch 97 % betragen hat. Wir sind als Stadt für die Betreuung der Kleinsten, aber auch für die Bereitstellung des Schulraum für unsere Pflichtschülerinnen und Pflichtschüler zuständig. Bis zum Aufliegen dieses Budgets, und das ist ja eigentlich wirklich skurril, sind wir noch davon ausgegangen, dass es für alle Mitglieder des Gemeinderates und auch alle Mitglieder der Stadtregierung selbstverständlich ist, die Zukunft unserer Kinder in Graz, die Betreuung unsere Kinder in Graz und die Bildung unsere Kinder in Graz abgesichert zu wissen. Und es war natürlich auch klar, dass, wenn es um Zusatzmittel oder neue Projekte geht, dass es da vielleicht politisch unterschiedliche Wahrnehmungen gibt, aber der laufende Betrieb, also die Gruppenanzahlen, die Digitalisierungsoffensive oder auch die Reinigung der Schulen würde doch aber bitte nicht zur Debatte gestellt werden. Aber genau das, und Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird hier selbstverständlich in seiner Rede das ganze Ausmaß dieser Misere genauer schildern, wird durch dieses Budget notwendig. Der Abteilung für Bildung und Integration fehlen 6 Millionen Euro für den laufenden Betrieb, und das muss man sich bitte wirklich auf der Zunge zergehen lassen, und es ist auch bereits mehrfach erläutert worden, dass dieses Geld vor allem in der Kinderbetreuung fehlt, um den gemeinnützigen Trägern, die immerhin rund 70 % unsere Kinder in Betreuung haben und diese Betreuung sicherstellen, deren Teuerungsausgleich zukommen zu lassen. Also diese Koalition und die Bürgermeisterin

riskieren sehenden Auges und trotz mehrfacher Warnungen die Schließung zahlreicher Kinderkrippen und Kindergartengruppen und damit den Verlust von aktuellen Betreuungsplätzen für hunderte Kinder. Die Koalition und die Bürgermeisterin, ironischerweise mit zwei Frauen an der Spitze, nehmen dadurch in Kauf, dass vielleicht Mütter nach einer Rückkehr in den Job schlussendlich wieder aus dem Berufsleben ausscheiden müssen, weil sie zuhause die Betreuung der Kinder übernehmen müssen. Und damit das nicht so weit kommt und diese Entscheidungen getroffen werden müssen, sollten dringendst Mittel in das Bildungsressort umgeschichtet werden. Das ist schlichtweg familienfeindlich, es ist frauenfeindlich und es hat vor allem aber mit Sparsamkeit, die vorhin schon vor sich hergetragen wurde, nichts zu tun, sondern es schadet der Zukunft den Grazer Kindern, den Grazer Frauen und den Familien. Aber vielleicht weg von der Bildung. Der Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlstandes sind nur mit einem starken Wirtschaftsstandort, einer starken Wirtschaft und der dadurch gesicherten Arbeitsplätze in Graz möglich. Und Gott sei Dank bietet Graz aktuell noch ein attraktives Umfeld für unternehmerisches Handeln und Tun. Die Koalitionsparteien beteuern regelmäßig, dass auch ihnen die Unternehmerinnen und Unternehmer am Herzen liegen. Bis auf einige wenige Alibi-Beschlüsse und Einzelfallentscheidungen, wir haben einige heute auch auf der Gemeinderatstagesordnung, aber auch in der Stadtsenatstagesordnung sind sie regelmäßig zu finden, zu denen sich die Koalitionspartner dann durchringen lassen, verhält sich aber auch hier die Koalition eigentlich gegenteilig. Das Budget der Wirtschaftsabteilung wird konsequent und durchgehend gekürzt und Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler wird selbstverständlich auch hier genauer auf die Beschneidung des Wirtschaftsressorts eingehen. Fakt ist, dass aber nicht nur wir hier als Opposition, sondern auch die Wirtschaftstreibenden selbst in Graz bereits spüren, welchen Stellenwert sie bei der aktuellen Rathauskoalition eigentlich haben. Und wenn die Koalition nicht bald einlenkt und dringend notwendige Mittel zur Verfügung stellt, werden früher oder später auch die Unternehmerinnen und Unternehmer zu Recht ihre Konsequenzen daraus ziehen. Die Koalition und die Bürgermeisterin riskieren hier wissentlich den Rückgang der Kommunalsteuer und damit einer wesentlichen, wie

bereits vorher ausgeführten, Einnahmequelle der Stadt, wenn aufgrund ihres wirtschaftsfeindlichen Handelns Klein-, Mittel- und vielleicht auch Großunternehmen, von Start Ups bis hin zu Traditionsunternehmen in Graz, aus der Stadt absiedeln und neue Unternehmen sich erst gar nicht hier ansiedeln werden. Und die Koalition und die Bürgermeisterin nehmen dadurch in Kauf, dass es auf Dauer in Graz nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze für die Menschen geben wird. Und darüber hinaus, und das ist es auch viel debattiert worden in den letzten Wochen und Monaten, auch die Grazer Innenstadt aufgrund zunehmenden Leerstandes zur Geisterstadt und damit unattraktiv wird. Das hat nichts mit Sparsamkeit zu tun, wie es bereits vorher ein paar Mal erwähnt worden ist, sondern es schadet der wirtschaftlichen und touristischen Zukunft von Graz. Einen dritten Bereich möchte ich vielleicht noch kurz ansprechen, wenn ich darf, weil ein bisschen Zeit habe ich noch. Die Holding Graz sichert als größter Arbeitgeber in Graz nicht nur tausende Arbeitsplätze, sondern stellt als moderner, effizienter und größter Dienstleister sicher, dass unsere Landeshauptstadt am Laufen gehalten wird. Eine Formulierung, wo sich der Herr Finanzstadtrat vorher sogar bedankt hat bei allen Mitarbeitern, dass unsere Stadt am Laufen gehalten wird. Und durch das umfangreiche Portfolio an Leistungen vom öffentlichen Verkehr, über die Wasser- und Abfallwirtschaft, die Sauberkeit, die Energieversorgung, aber auch die Angebote der Freizeitbetrieb bildet die Holding Graz eigentlich ein Fundament, ein Rückgrat und einen wesentlichen Bestandteil für die Lebensqualität, die Attraktivität und auch den wirtschaftlichen Erfolg durch das Netz an Leistungen für unser Graz, für unsere Stadt. Es ist daher eigentlich aus meiner Sicht und aus unsere Sicht ein Treppenwitz in diesem Budget, dass gerade die Grüne Fraktion, die dieses Budget mittragen wird, und die sich durchgehend den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr wünscht, diesen einfordert und Menschen eigentlich sogar dazu zwingen möchte, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, durch diesen Beschluss dazu beitragen, dass der öffentliche Verkehr weniger attraktiv wird, weniger rasch ausgebaut wird, indem dringend notwendige Infrastruktur nicht gesichert wird. Was ich damit meine, und das ist ein bisschen eine Herausforderung, weil es ist natürlich in einem Budget, das voll ist mit Zahlen und voll mit verschiedenen Projekten und Auflistungen, wer sich das ganze

Konglomerat vielleicht auch genauer zu Gemüte geführt hat, es ist schwierig zu erkennen, was in so einem Werk nicht angeführt ist. Dennoch möchte ich vielleicht auf ein paar Dinge hinweisen, die sich als Investitionen in dieser Form hier nicht finden: Das Projekt Steyrergasse, viel diskutiert und die notwendigen 230 Millionen Euro finden sich nicht in diesem Budget. Die Ersatzbestellungen der Straßenbahnen zu rund 80 Millionen Euro finden sich nicht im Budget, etwas skurril, dadurch, dass wir durchgehend davon reden, dass wir vermehrt auf die Schienen müssen und auch hier den Ausbau zu Recht feiern, aber ohne Straßenbahnen wird das auch etwas schwierig. Der notwendige Ausbau der Kläranlage und die Infrastrukturprojekte waren auch auf der PowerPoint vom Herrn Stadtrat oben, sind nicht im Budget enthalten und die dafür erforderlichen 100 Millionen Euro finden sich genauso wenig im Budget wie die Sanierung der Piste am Flughafen, die als Standortfaktor einen sehr wesentlichen für uns als Wirtschaftsstandort darstellt. Und noch viel bedenklicher ist echt, wenn man sagt, ok, wir brauchen das alles gerade nicht, ist die Tatsache, dass auch die Personalkosten der Holding Graz ohne jegliche Valorisierung abgebildet sind. Fehlen würden hier weitere 6 Millionen Euro jährlich. Vorausgesetzt natürlich, aber das müsste man dann aus der Koalition heraus bitte beantworten, die Koalition möchte die Gehälter jener Damen und Herren auch wirklich anpassen, die für tausende Grazerinnen und Grazer sicherstellen, dass sie von A nach B kommen, dass die Stadt sauber ist und die darüber hinaus auch sicherstellen, dass die Lebensqualität in unserer Stadt so hochgehalten wird. Die Koalition und die Bürgermeisterin riskieren, dass dringende Projekte in dieser Form nicht umgesetzt werden können, indem notwendige budgetäre Mittel nicht rechtzeitig gesichert werden. Und die Koalition und die Bürgermeisterin nehmen in Kauf, dass Graz mit wesentlichen infrastrukturellen Investitionen in Verzug gerät und die Qualität der Leistungen für die Grazer Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird. Das hat nichts mit Sparsamkeit zu tun, das schadet schlichtweg der zukünftigen Lebens- und damit Standortqualität unserer Stadt. Während beim Rückgrat unserer Stadt und bei fundamentalen Bereichen, ich habe drei gerade angeschnitten, wie der Infrastruktur, der Wirtschaft und der Bildung eingespart wird, dürfen sich die Koalitionspartner über massive Erhöhungen in ihren

Budgets freuen, um ihre Klientelpolitik ohne Rücksicht auf die Gesamtbevölkerung weiterzuführen. Zwei Beispiele, unabhängig davon, dass bereits rund 11 Millionen Euro auf dem Sparbuch des Sozialamtes auf eine Verwendung durch Frau Bürgermeisterin warten, kann sie sich darüber hinaus ab dem kommenden Jahr über satte 7 Millionen Euro mehr freuen, die sie zur Verfügung hat im Gegensatz zum Jahr 2022. Aber, und Frau Katzensteiner hat das auch schon anklingen lassen, die Grazer Bevölkerung braucht sich hier von diesem erhöhten Sozialbudget nicht allzu viel erwarten. Also nicht, wenn es um die gesamte Grazer Bevölkerung geht. Wie bereits in der Vergangenheit durch die undifferenzierte Ausweitung der freiwilligen Leistungen der Stadt Graz, wie beispielsweise der SozialCard, klar zu erkennen war, wird das Ziel der KPÖ auch weiterhin sein, Menschen in schwierigen Lebenslagen durch nicht zielgerichtete Hilfeleistungen auch dort zu belassen, anstatt ihnen tatsächlich auch nachhaltig zu helfen. Und was mir wirklich auch richtig ist, zu ergänzen, weil die Frau Katzensteiner ausgeführt hat, dass selbstverständlich diese Sozialleistung als Hilfe für die Wirtschaft zu verstehen sind, das ist nichts weiter als eine Frechheit und ein Zynismus den Betrieben gegenüber, die in Graz Arbeitsplätze sichern, die unsere Innenstadt aber auch unsere Stadt attraktiv halten. Also dieser Vergleich und diese Anmerkung möchte ich auf alle Fälle schärfstens zurückweisen und auch die Frau Katzensteiner bitten, das vielleicht zukünftig nicht in einen Topf zu werfen, aber es ist natürlich auch weiterhin ihr überlassen. Aber jedenfalls steht fest, sollten diese budgetierten Mittel im Folgejahr nicht aufgebraucht werden, wird halt weiterhin das Sparbuch ein bisschen weiter aufgefüllt, sodass ganz bestimmt vor der nächsten Wahl weitere Gießkannen-Sozialprojekte vorgestellt werden können. Selbstredend wird aber auch der grünen Koalitionspartner gut versorgt. Vizebürgermeisterin Schwentner hat im kommenden Jahr um 6 Millionen Euro mehr zur Verfügung, um grüne Projekte am Willen der Bevölkerung vorbei durchdrücken zu können. Und das wohl prominenteste Beispiel dafür ist die Posse um die Marburger Straße und das dazugehörige Poller-Fiasko. Wir sind schon gespannt, was da noch kommt. Aber auch in diesem Fall gilt, dass die Gesamtbevölkerung sich keine großen Hoffnungen machen braucht, dass sie davon profitieren wird. Die Grünen haben bereits in den letzten beiden Jahren

gezeigt, dass sie kein Interesse daran haben, alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen. Vielmehr wird auch zukünftig jedes Projekt der Vizebürgermeisterin vor der Umsetzung auf ausreichend Pkw-Feindlichkeit geprüft werden und so vielleicht auch durch den einen oder anderen zusätzlichen Arbeitskreis ein Projekt verzögert oder verteuert. Und sowohl die Ausweitung von Sozialleistungen, als auch die Verzögerung von Projekten, nur um sie dann um ein Windrad oder ein anderes Bonus-Feature zu erweitern, fällt aus unserer Sicht nicht in die Kategorie städtische Hausaufgaben. Und deswegen sollten diese finanziellen Mittel auch hier nicht aufgewandt werden. Vielleicht ganz kurz noch die Herausforderung, die davor auch angesprochen worden ist, ja, die neue Sozialhilfeumlage beispielsweise stellt eine enorme Herausforderung dar, die es zu meistern gilt, aber dass es so weit gekommen ist, ist dem zuständigen Finanzstadtrat hoffentlich in der Zwischenzeit ein Learning. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass man sich zu spät an einen Tisch gesetzt hat, zu spät Einwendungen eingebracht hat und durch die Abwesenheit bei wesentlichen Sitzungen auch eine etwaige Beschlussfassung und die dahingehenden Auswirkungen nicht verhindert hat. Mit etwas Verhandlungsgeschick und Selbstbewusstsein der Landeshauptstadt wäre das vielleicht zu verhindern gewesen. Aber das ist nicht passiert. Diese Versäumnisse kosten der Stadt nun jetzt bis 2026 80 Millionen Euro. Große Lösungsansätze, und ich möchte auch ganz klar sagen, eine Millionärsteuer oder etwaige andere Projekte, die immer wieder bei diesen Budgetdebatten von der KPÖ vorgetragen werden, zähle ich nicht zu einem konstruktiven Lösungsansatz. Große Lösungsansätze oder Optimierungsvorschläge, die diese Situation verbessern, waren nicht zu vernehmen. Und vor diesem Hintergrund noch unverständlicher, dass die Frau Bürgermeisterin relativ populistisch dann allen Ernstes behauptet, das fehlende Geschick ihres Finanzstadtrates würde durch das eigenhändige Abwaschen von dem einen oder anderen Kaffeehäferl aufgelöst werden. Fakt ist, man duckt sich weg vor der Frage, wie große Probleme und Herausforderungen gelöst werden können. Und man duckt sich weg vor der Gesamtverantwortung für die Stadt, die man vor zwei Jahren von der Bevölkerung übertragen bekommen hat. Für jene Grazerinnen und Grazer, und ich komme hier zum

Schluss, die sich Graz als ihren und den Lebensmittelpunkt ihrer Familien ausgesucht haben, ist dieses Budget ein Schlag ins Gesicht. Für jene Grazerinnen und Grazer, die in Graz wirtschaften, arbeiten und ihren Beitrag leisten wollen, ist dieses Budget ein Schlag ins Gesicht. Und für jene Grazerinnen und Grazer, die sich darauf verlassen, dass die aktuelle Stadtführung die Interessen der gesamten Grazer Bevölkerung und die Zukunft der Stadt im Blick hat, ist dieses Budget ein Schlag ins Gesicht. Als Volkspartei können wir diesem verantwortungslosen Budget aus diesem Grund nicht zustimmen und empfehlen allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, dringend von einer Zustimmung Abstand zu nehmen. Wer diesem Budget nämlich zustimmt, hat die teils verheerenden Auswirkungen dieser budgetären Vorgaben mitzuverantworten und insbesondere im Hinblick auf die Bildung, sollte diese Verantwortung jeder und jedem bewusst sein. Aus diesem Grund stelle ich im Namen des ÖVP Gemeinderatsclub, den Antrag auf namentliche und getrennte Abstimmung, das ist laut Geschäftsordnung des Gemeinderates im § 30, dieses Voranschlages 2024 und bedanke mich abschließend für die Aufmerksamkeit.

### **8.3 GR Dr. Gerhard Hackenberger, Grüne (12.17 Uhr – 12.39 Uhr)**

GR Dr. **Hackenberger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuhörer. Zu dem, was wir in den letzten 20 Minuten gehört haben, fällt mir als Schlagwort Destruktion in Perfektion ein. Dass Sie, ich kann jetzt nicht auf einzelne Punkte eingehen, das macht auch keinen Sinn, aber wenn Sie die allgemeine wirtschaftliche Lage, die uns in eine schwierige finanzielle Situation bringt, dem Herrn Eber in die Schuhe schieben, dann finde ich das schon ziemlich witzig, weil alle anderen, die etwas zu diesen Dingen zu sagen haben, inklusive der Medien, haben wir inzwischen mitbekommen, dass wir eine ungünstige Zinslandschaft,

eine hohe Teuerung etc. haben, sodass es relativ schneidig sich anhört, dass der hier anwesende Herr Stadtrat Eber ein Fiasko verursacht haben soll, was nur in Graz passiert ist und im Übrigen in ganz Europa natürlich nicht. Aber ich komme jetzt zu einer ernsteren Geschichte. Zum wiederholten Mal gilt es heute ein Budget zu diskutieren und zu beschließen, bei dem die Verantwortlichen und alle, die wochen- und monatelang an dem Zahlenwerk mitgearbeitet haben, ganz außerordentlichen Herausforderungen gegenüberstanden. Nach der Bewältigung der Corona-Krise sind weltweit die Lieferketten zusammengebrochen, die Zinsen auf den Kapitalmärkten rapide gestiegen, die Inflation auf ein Rekordniveau geklettert und wir sind heute mit zwei entsetzlichen Kriegen in Europa und der unmittelbaren Nachbarschaft konfrontiert, mit denen weitere, auch wirtschaftliche Verwerfungen verbunden sind. Und nicht zuletzt: Der Einzelhandel leidet nicht nur unter der sinkenden Kaufkraft, sondern auch unter einem boomenden Onlinehandel. Das schmerzt uns in mehrfacher Hinsicht. Es bedeutet nicht nur eine Schwächung der vielen, vor allem kleineren Geschäfte in Graz, die wir aufgrund der damit einhergehenden Vielfalt und deren Attraktivität für das Stadtbild brauchen, sondern es schmälert auch unsere direkten und indirekten Steuereinnahmen. Daher mein Appell an alle Grazer:innen, möglichst lokal und regional einzukaufen. Und wenn man schon einmal glaubt, online einkaufen zu müssen, dann bitte in einem der städtischen Onlinegeschäfte und nicht bei multinationalen Konzernen, die unter anderem deshalb so gut leben, weil sie fast keine Steuern zahlen, weil sie ihre Mitarbeiter:innen schlecht entlohnen und weil sie arbeitsrechtlichen Standards großflächig nicht einhalten. Und als Draufgabe verursachen sie mit ihren vielen Lieferfahrzeugen auch noch jede Menge Verkehr und hinterlassen uns sehr große Berge an Papier und Pappkartons. Die Auswirkung all dieser Ereignisse schlagen sich selbstverständlich auch in der budgetären Situation unserer Stadt nieder. Dazu kamen zusätzliche Belastung in der Sozial- und Pflegefinanzierung. Der Umstand, der angebliche Umstand, dass Herr Stadtrat Eber irgendwo bei einer Besprechung gefehlt haben könnte, eine Gesetzwerdung eines Gesetzes im Land Steiermark verursacht haben soll, das uns nunmehr auf den Kopf fällt, das halte ich für ein etwas weiterhin über die Realität hinausgehendes Argument

beziehungsweise eine Vermutung. In budgetärer Hinsicht geht es im Übrigen nicht nur um eine Verminderung unserer Einnahmen bei gleichzeitiger Erhöhung der Pflichtausgaben, sondern ganz wesentlich auch um die Planbarkeit des künftigen wirtschaftlichen Kurses dieser Stadt. Haben uns die Zahlen des Finanzministeriums vor etwa einem Jahr noch gegenüber dem vorhergehenden Betrachtungszeitraum deutlich steigende Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich vorausgesagt, sind diese Zahlen im Laufe der letzten Monate immer kleiner und kleiner geworden. Allein die Änderung der Prognose für die Ertragsanteile schlägt sich bis 2027 mit einem Minus von über 100 Millionen Euro zu Buche. Als die Vorbereitung für die Budgeterstellung bereits in der finalen Phase war, kam im November dieses Jahres eine nochmalige Ankündigung aus Wien, einer weiteren Reduktion der uns zur Verfügung stehenden Ertragsanteile. Alle, die an der Erstellung dieses Budgets mitgearbeitet hatten, mussten daher mit sich geradezu ununterbrochen ändernden Rahmenbedingungen umgehen, sodass schon allein die technische und die handwerkliche Erstellung dieses Voranschlags eine Herkulesaufgabe geworden ist. Es gebührt daher vorweg allen Menschen aus der städtischen Verwaltung und Politik, namentlich Herrn Finanzdirektor Mag. Müller und seinem Mitarbeiterstab, aber auch der Leitung und den Mitarbeiter:innen des Stadtrechnungshofes für seine umsichtige Begleitung, ein großes Dankeschön für die hervorragend geleistete Arbeit. Was die politische Seite des Budgets betrifft, war allen Beteiligten klar, dass wir in der gegenwärtigen Situation zusammenstehen und gemeinsam arbeiten müssen, um ungeachtet der äußeren Umstände für Stabilität und Kontinuität zu sorgen und dass wir den eingeschlagenen Pfad in Richtung Resilienz gegenüber Klimaveränderungen selbstverständlich aufrecht erhalten müssen. Letzteres ist ja vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht notwendig, weil wir ansonsten unvertretbare und unfinanzierbar Folgekosten hinnehmen müssen. Für uns als Regierungskoalition war daher im Rahmen des ordentlichen Budgets oberste Prämisse, neben unseren gesetzlich vorgegebenen, sehr vielfältigen Pflichtausgaben, auch weiterhin das äußerst breite Dienstleistungsangebot aufrecht zu erhalten, wengleich größere Ausweitungen wegen der derzeit schwierigen Rahmenbedingungen natürlich nicht in Sicht waren. Das bedeutet vor allem anderen,

dass in herausfordernden Zeiten besonders wichtige Aufrechterhalten der sozialen Leistungen für Menschen, denen es längst nicht so gut geht wie uns hier im Saal, der Fortsetzung eines guten Angebotes an Gemeindewohnungen, die Verbesserung des Services für die Gesundheit mit einer besonderen Ausrichtung auf Niederschwelligkeit, eines der schönen Dinge, die hier entstanden sind, können Sie sich in Form der Gesundheitsdrehseibe in der Annenstraße anschauen, der Ausbau der Bezirksdemokratie, aber auch wesentliche Fortschritte im Bereich der Kinderbetreuung und den Schulen. Es war also geboten, in den einzelnen Ressorts sehr genau hinzusehen, welche Ausgaben notwendig sind, welche wir uns leisten können und wollen. Aus diesen zunächst grundsätzlichen Überlegungen entstand das Ihnen ja bekannte Projekt Kommunales Plus, was im letzten September auch im Gemeinderat beschlossen wurde, mit der Intention, den operativen Saldo der Stadt nachhaltig zu erhöhen, wofür naturgemäß nur zwei Möglichkeiten zur Verfügung stehen, nämlich die städtischen Tätigkeiten und Leistungen einzuschränken beziehungsweise effizienter zu gestalten, wie das beispielsweise mit der hinunter Setzung der Klubförderungen im Übrigen schon zum dritten Mal hintereinander geschehen ist und auf der anderen Seite, bestehende Einnahmen zu optimieren beziehungsweise neue Einnahmen zu entwickeln, wie beispielsweise die heute noch zu beschließende Nachholung der viele Jahre lang ausgesetzten Indexierung der Kanalanschlussgebühren. Hinter diesen Erwägungen steht eine Art Multiplikatoreffekt, was die daraus resultierenden Möglichkeiten für Investitionen betrifft. 1 Million Euro im Saldo 1 kann uns 12 Millionen Euro Schulden langfristig abzahlen. Die Wirkungen des Kommunalen Plus schaffen also eine mächtige Perspektive für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Stadt, die verhindern soll, wichtige neue Projekte zurückfahren zu müssen, beziehungsweise im Rahmen des Budgetprozesses Kürzungen zu tätigen. Wie Sie alle wissen, ist ein guter Teil der Arbeiten für das Kommunale Plus bereits abgeschlossen. Es wurden die Potenziale identifiziert und Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite benannt sowie Einnahmepotenziale und neue Einnahmequellen bestimmt. Die letztlich getroffenen Entscheidungen sind Ergebnisse von intensiven Diskursen, geleitet von der Intention, möglichst alles, was notwendig ist, zu tun und

Überflüssiges zu vermeiden. Es war schon länger abzusehen, dass das heute zu beschließende Budget im Bereich des ordentlichen Haushaltes aus den oben schon geschilderten Gründen kein Wunschkonzert werden wird und dass alle politischen Referent:innen von ihren meistens berechtigten Wünschen, gewisse Abstriche machen werden müssen. Daher sei jenen gedankt, die diese Notwendigkeit mitgetragen haben. Jene, für die das nicht gilt, müssen sich fragen lassen, woher sie angesichts der stagnierenden Einnahmensituation und der sich ausweitenden Pflichtleistungen zusätzlich mit Geld herbeizaubern wollen. Ein sehr erfreulicher Nebeneffekt der Vorarbeiten für dieses Budget, in Verbindung mit dem Kommunalen Plus, war die Identifikation von äußerst intransparenten Kostenstellen beziehungsweise deren Dokumentation und die Sanierung dieses Zustandes. Geradezu ein amüsantes Beispiel bildet die ITG, die die Kosten für eine sehr teure Anwendung des geographischen Informationssystems, das von sehr vielen Abteilungen genutzt wird, abgewickelt hat und auf die Nutzer, nämlich die, die jeweils am Jahresende, am 31. Dezember angemeldet waren, aufgeteilt hat. Eine ganze Reihe von Stellen im Haus Graz hat dieses System schnell durchschaut und diese Verrechnungsart dazu genutzt, sich knapp vor Jahresende aus dem System abzumelden, sodass die gesamten Kosten an jenen hängen geblieben sind, die das nicht so gemacht haben und am Jahresende noch als Nutzer angemeldet waren. Als Konsequenz daraus sind nun alle GIS-Anmeldungen inzwischen beim Stadtvermessungsamt zentralisiert und abgebildet. Daher ist die Sache transparent und nachvollziehbar geworden und können exakt den Nutzern zugeordnet werden. Das ist im Übrigen eine Ursache dafür, dass Sie im ICF beim Stadtvermessungsamt zwischen 2023 und dem Voranschlag 2024 fast eine Verdreifachung des Aufwandes sehen können. Das sind genau diese Kosten, die von den einzelnen Abteilungen zentralisiert in das Stadtvermessungsamt übersiedelt sind. Zusammenfassend kann man daher zum ordentlichen Haushalt feststellen, dass wir zwar mit gewissen Einschränkungen leben müssen, aber vom Auftrag geleitet waren, niemanden allein zu lassen und insgesamt mit dem Voranschlag bewiesen haben, dass wir mit großer Besonnenheit und Verantwortungsbewusstsein vorgegangen sind, damit es den hier lebenden Menschen weiterhin gut geht und zwar angefangen vom

Neugeborenen bis zu den Alten und das Ganze quer durch alle sozialen Schichten. Unter dem Strich ist es auch gelungen, sowohl für 2024 als auch für die mit Mittelfristplanung jeweils ein positives EBITDA auszuwerfen, positive operative Salden sind aber im derzeitigen Umfeld völlig außer Reichweite. Wir sind, wie heute schon gesagt wurde, mit dieser unbequemen Lage keineswegs alleine. Wie man aus den Medien in den vergangenen Wochen und Monaten entnehmen konnte, teilen wir uns dieses Schicksal mit der überwiegenden Anzahl aller österreichischen Gemeinden und Städte. Denken Sie an die Meldungen aus Kärnten, die uns vermittelt haben, dass es in unserem Nachbarbundesland keine einzige Gemeinde geben wird, die 2024 mit einem positiven operativen Saldo abschließen wird können. Ich will noch ein paar Schritte ins Detail machen, wenn im Vorfeld und auch heute moniert wurde, das einzelne Aktivitäten in den Ressorts, wie etwa der in den Medien angesprochene Krampuslauf oder die Reinigung der Schulen, im Hinblick auf die derzeitige Situation nicht mehr vom Budget gedeckt seien, lassen Sie sich bitte nicht täuschen. Die Stadträ:tinnen sind für die Verwendung der gesamten Geldmittel, die ihnen zur Verfügung gestellt sind, verantwortlich. Nicht vom Budget gedeckt ist daher vollkommen verkehrt. Die jeweilige Stadträtin beziehungsweise der jeweilige Stadtrat entscheidet, wofür das Geld verwendet wird. Das ist eine Priorisierung, die nicht über das Budget läuft, sondern die in der Verantwortung der einzelnen Referent:innen gelegen ist. Im ABI-Bereich sollten, von unserem Herrn Stadtrat Hohensinner angekündigt, ca. 7 Millionen Euro kommen, vom Land kamen aber bisher nur 400.000. Wir können also nur hoffen, dass sich Herr Stadtrat Hohensinner, der sich über Mindermittel gegenüber Journalisten beschwert und Schuldirektoren und Schuldirektorinnen eine drastische Einschnitte prophezeit hat, mit aller Kraft sich dafür einsetzt, entsprechende Mittel wenigstens aus dem Zukunftsfonds für die Kinderbetreuung zurück zu lukrieren. Wir haben eine hohe Inflation, die belastet unsere Mieten, die Kosten für Sachaufwand und für Bau- und Sanierungskosten. Wir haben eine ganz erhebliche Erhöhung der Personalkosten und der Kosten für Pensionen in einem Ausmaß von ca. 60 Millionen Euro alleine in den Jahren 2022 bis 2024. Und wir sind vom Finanzausgleich, wie heute eben schon gesagt wurde, aus historischen Gründen, relativ stark benachteiligt. In Linz

gibt es etwa 100 Euro pro Person, und ja, mehr als in Graz, Innsbruck bekommt 200 bis 300 Euro pro Person, und ja, mehr aus dem Finanzausgleich. Das sind also Beträge, die nicht ganz ohne sind. Wir sprechen von 3 bis 9 Millionen Euro pro Jahr. Dafür gibt es keine gegenwärtige Rechtfertigung, das ist eine reine historische Angelegenheit. Und es ist auch nicht nur der Bund, der diese Ungerechtigkeit auf seine Schultern zu nehmen hat, sondern der Finanzausgleich wird bekanntlich zusammen mit den Ländern ausgehandelt und die Länder, die derzeit vom Finanzausgleich deutlich bevorzugt sind, haben natürlich kein Interesse, dass sich am Status quo irgendetwas ändert. Und wir haben letztendlich zusätzliche Belastungen durch die Neuregelung im Bereich der Sozialhilfeumlage, damit wird das Budget beginnend mit 4 Millionen im Jahr 2024 bis 30 Millionen im Jahr bis 2028 belastet werden. Auf der Einnahmenseite haben wir den Eindruck, dass der Bund seine Verantwortung der Stadt Graz gegenüber relativ gut wahrnimmt. Ich erinnere Sie daran, dass wir 38 Millionen Euro für den Straßenbahnbau zugesagt bekommen haben, die im Übrigen im Budget noch nicht abgebildet sind. Das Besondere an dieser Geschichte ist, dass der Bund bisher noch nie für irgend ein Straßenbahnprojekt in Graz Zuschüsse gewährt hat. Das ist also eine Premiere. Wir bekommen vom Bund großzügiges Geld für Radwege, für die Kinderbetreuung und es ist seit kurzer Zeit der Zukunftsfonds in einem Umfang von ca. 1,1 Milliarden Euro eingerichtet aus dem Mittel für Elementarpädagogik, Wohnen und Sanieren, sowie Umwelt und Klima bereitsteht. Auch seitens des Landes werden wir durchaus unterstützt, wenn auch nicht in dem uns als angemessen erscheinenden Ausmaß. Das Land verteilt die Mittel aus dem Zukunftsfonds, wobei diese noch nicht budgetiert werden konnten, weil man noch nichts genaues über Höhe und Verteilung weiß. Das ist wohl einer der Gründe, warum das Schlagwort Fahren auf Sicht geäußert wurde, weil die Zahlen, wenn sie feststehen werden, dann natürlich in das Budget übernommen werden können. Dankenswerterweise erhalten wir vom Land auch Zuschüsse für Straßenbahnen und Ausbau der Radinfrastruktur und wir hoffen sehr, dass wir beispielsweise im Kulturbereich Oper, Schauspielhaus etc. als kleinen Ausgleich für die Benachteiligung im Bereich Sozialhilfe einen besseren Verteilungsschlüssel bekommen. Auf der anderen Seite wird im Land anscheinend

lieber Geld für teuren Autobahnausbau investiert, als in Projekte die für die Bürger von Graz wichtig sind, fließen nur 45 % der für die Elementarpädagogik vorgesehenen Mittel direkt an die Gemeinden und werden die Bedarfszuweisungen nach wie vor in Gutsherrenart willkürlich verteilt und stellen ein politisches Instrument statt ein Instrument für die Deckung objektivierbarer wichtigen Bedarfs dar. Und was uns noch ein bisschen juckt ist, dass das Land Steiermark im Rahmen des Finanzausgleiches den maximal möglichen Betrag von 7,66 % der in den Ertragsanteil der Gemeinden enthaltenen Mittel in Form der Landesumlage ausschöpft. Die Stadt Graz wird allein aus diesem Titel im Zeitraum 2024 bis 2028 ca. 209 Millionen Euro an das Land zurückzahlen müssen. Das können Sie in Beilage 2b des Voranschlages nachlesen. Die Einhebung der Landesumlage ist keine Selbstverständlichkeit, andere Bundesländer heben weniger oder gar keine Landesumlage ein. Und schließlich bestreiten wir noch die gesamten Kosten einer Bezirkshauptmannschaft in Graz. Das sind nach Schätzungen etwa 60 Millionen Euro im Jahr, auch keine Kleinigkeit. Alle anderen Bezirkshauptmannschaften werden ausschließlich durch das Land Steiermark unterstützt beziehungsweise finanziert. Ungeachtet all dieser Widrigkeiten ist es im Budgetentwurf im Rahmen der mittelfristigen Planung gelungen, auch für die Weiterentwicklung unserer Stadt nötige Investitionen abzubilden. Ich verweise auf unseren guten Fahrplan in Richtung klimaverträgliche Stadt, die großen Investitionen der Verbesserung der schulischen Versorgung, die Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes, was nicht nur unseren Kleinsten, sondern auch den Eltern eine bessere Arbeitsmöglichkeit verschafft und wir tun sehr viel für sanfte Mobilität und öffentlichen Verkehr. Das sind, wenn Sie die Investitionen anschauen, alleine 225 Millionen Euro für die nächsten Jahre. Wir tun viel für Stadtbegrünung und Verkehrsberuhigung und für eine vorausschauende Städteplanung mit dem Fokus auf die zu erwartende Erhöhung der Temperaturen. Und ich sehe, ich muss zum Schluss kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir völlig klar und Ihnen natürlich auch, dass niemand ernsthaft von einem Budget erwarten wird können, dass es allen objektiven und subjektiven Interessen gerecht werden kann. Aber Sie wissen, wenn Sie das Ergebnis ehrlich und offen betrachten, werden Sie anerkennen müssen, dass es

von einem großen Bemühen getragen ist, dass Graz den hier lebenden Menschen auch in der Zukunft eine lebenswerte, serviceorientierte und zuweilen auch fürsorgliche Stadt sein soll, die ihnen das Gefühl gibt, dass bei uns niemand vergessen wird. Ich würde also sagen, man kann sich natürlich immer mehr wünschen, aber es ist angesichts der Rahmenbedingung ein Budget des Bestmöglichen. Dankeschön.

**8.4 KO GR<sup>in</sup> Dipl.-WI<sup>in</sup> (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ  
(12.40 Uhr – 12.54 Uhr)**

KO GR<sup>in</sup> Dipl.-WI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Liebe Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, also liebe Claudia, die noch da ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer:innen. Im Vorfeld zum heutigen Tag habe ich mir einige Reden angehört, auch ein bisschen als emotionale Vorbereitung. Schwerpunkte werden gesetzt, wir sehen es ja heute, jeder zeigt, für was er einsteht, was er macht. Es ist immer ein harter Weg zum Budget. Ich glaube, ich habe jetzt keine einzige Rede gefunden, und korrigiert mich, aber es ist nie leicht ein Budget zu erstellen und es ist immer ein bisschen ein steiniger Weg. Und der Dank gilt hier gleich vorweg auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Hintergrund hier Großartiges geleistet haben, sei es in den Ressorts draußen, die involviert waren, sei es in der Finanzdirektion und vor allem auch die zweiten, dritten und vierten Reihen, die hier nicht so oft in Erwähnung kommen, weil die haben mit unzähligen Stunden da einiges zu Wege gebracht und mein Dank ergeht eindeutig in diese Richtung. Alle Reden haben eines gemeinsam, sie zeigen halt wofür man eingetreten ist, wofür man gewählt worden ist, wofür man einsteht und wo die Schwerpunkte sind. Manchmal geht es mehr um Überschriften, manchmal geht es um große Projekte, manchmal geht es um einzelne Budgetposten, um kleinere Positionen. Aber genau dafür sind wir heute auch da, dafür hören uns einige zu, dafür sind auch die Medien da, dass sie wissen, wofür wir stehen, wofür wir kämpfen, weil das ja auch der Maßstab ist an dem wir

irgendwann einmal bemessen werden. Und ein bisschen Kritik gehört dazu, von der Opposition und den einzelnen Ressorts. Manch einer sagt, das ist ungerecht, es wurden die Schwerpunkte nicht richtig gesetzt. Manchmal werden Gruppen bevorzugt oder benachteiligt. Der Standort bestimmt da oftmals den Standpunkt bei dieser Diskussion. Und wer mich kennt, weiß, ich habe mir die Zahlen im Vorfeld gut angeschaut, ich mag ja Zahlen grundsätzlich, weil die sind erstens unpopulistisch und zweitens lügen sie nicht. Wenn man sie dann lesen kann, weiß man eigentlich, was ein Budget ist, was es nicht ist und vor allen Dingen, was es für die Zukunft der Stadt bedeutet. Wir als Sozialdemokratie haben in diesem Budgetprozess Verantwortung übernommen, Verantwortung, obwohl wir eigentlich gar nichts dafür können, wie die jetzige Situation ist, obwohl man nicht immer unmittelbar erkennbar als Juniorpartner hier profitieren, und Verantwortung, obwohl das ganze Sparen und das ganze seriöse Herangehen in der Politik nicht wirklich die Königsdisziplin ist, die am meisten beliebt ist. Wieso? Weil wir es schuldig sind, schuldig denen, die in Graz leben, die hier ihre Heimat haben, die temporär hier sind, die zum Arbeiten kommen, die hier einen Lebensmittelpunkt haben, oft nur kurzweilig, oft mal ein ganzes Leben lang. Und denen gegenüber müssen wir auch diese Verantwortung zeigen. Wieso? Weil sie in unserer DNA liegt, in der DNA der Sozialdemokratie Verantwortung zu übernehmen und nicht nur bei Schönwetterprogramm. Für uns ist es klar, es ist manchmal nicht so ganz einfach, nicht immer sind unsere Erfolge unmittelbar mit uns gleich erkennbar. Ich meine, das ist immer ein bisschen auch, dann der Erfolg des zugehörigen Ressorts der Stadträtin, des Stadtrates. Manchmal recht lustig, weil es mehr Krampf und Kampf ist, dass man zu einem Erfolg kommt und nicht immer die Unterstützung bekommt. Aber sei es drum, denn eigentlich ist das Ergebnis für uns dann immer das Ziel. Und jeder Erfolg bringt uns ein Stückchen weiter. Jeder Erfolg ist ein kleines Bastelteil in dem großen Bild, das Graz nun einmal ausmacht. Das Graz, das Heimat ist für viele, für unterschiedliche Menschen und gerade diese Unterschiede fügen ja leider oft zu Ungerechtigkeiten. Und das fängt bei den Jüngsten an, Graz ist Stadt der Kinder und Jugendlichen. Und es fängt mit der Elementarpädagogik an, mit der Volksschule, über den ganzen Bildungsweg hinweg. Da erkennt man dann schon oft früh, was

Ungerechtigkeit bedeutet. Die Bildung ist vererbt in Österreich, das hat die PISA-Studie jetzt gezeigt. Und genau diese Ungerechtigkeiten müssen wir mit 1.000 kleinen Puzzlesteinen ausgleichen. Das ist nicht ein Projekt, das wir machen und dann gibt es keine Probleme mehr, nein, das sind hunderte wahrscheinlich tausende kleine Initiativen, oft nicht so groß erkennbar, oft sieht man nicht gleich, was das bringt. Aber langfristig braucht es ganz viele kleine Stücke, damit Bildungsgerechtigkeit irgendwann herrscht. Weil Bildungsgerechtigkeit ist ein Kinderrecht und Kinderrechte dürfen uns nicht nur eine Pflicht sein, sondern sind ein emotionaler Auftrag. Und auch große Kinder sind damit gemeint, junge Erwachsene, die dann ins Leben gehen, die dann die ersten Schritte alleine machen in Graz, die sich hier ansiedeln und auch wenn es die manchmal struggelt, weil das Leben manchmal einen richtig durchrüttelt, auch da brauchen wir einen Fokus darauf. Auch da müssen wir da sein und sie unterstützen und ihnen alles bieten, damit sie einen bestmöglichen Start haben. Graz ist ja vielfältig bunt, vielschichtig. Und Graz ist einfach eine Stadt der Vielfalt, und das ist auch gut so. Und was uns aber alle vereint, sind solche elementare Bedürfnisse wie Wohnen, leistbares Wohnen, sicheres Wohnen. Nicht von Monat zu Monat bangen, kann ich die Miete noch zahlen? Kann ich den Strom noch zahlen? Nein, ruhig heimkommen können in eine sichere, warme Wohnumgebung. Und egal ob es jetzt die jungen Menschen sind, die die erste Wohnung haben, ob sie jungen Familien sind, die sich gerade gründen, ob es Menschen sind, die schon gediegenen Alters sind und jetzt endlich in der Pension sind und den Lebensabend in Graz verbringen. Allen, wirklich allen muss es gewährt sein, dass sie sicher, leistbar und sorgenfrei in Graz wohnen können. Und das ist die Basis für ein gutes Leben. Und da gehört aber auch die Mobilität dazu, sei es jetzt der öffentliche Verkehr, sei es die individuelle Mobilität, sei es drum, ob ich mit dem Rad fahre, zu Fuß gehe, in die Straßenbahn einsteige, das Auto brauche. Es gibt Menschen, die sind auf das Auto angewiesen. Auch dieser Individualverkehr muss leistbar, sicher und möglich sind, vor allem es braucht aller Verkehr seinen Platz, einen sicheren Platz, dass man, egal wie man sich bewegt, das sicher und sorgenfrei machen kann. Graz ist aber auch Stadt der Künste und der Kultur. Ich kann mich noch genau an das Gefühl erinnern, wie nach langer Zeit endlich wieder

einmal Kultur möglich war. Was für ein Hochgefühl das war, durch ein Museum zu gehen, im Konzert zu sitzen, Klängen zu lauschen, Musik zu genießen mit anderen Menschen. Und das braucht Platz. Und das ist auch wichtig. Und es muss aber auch für alle da sein, nicht nur für eine Gruppe, sondern es muss niederschwellig und leistbar sein. Graz ist genauso Stadt des Sports. Und ich rede jetzt nicht nur vom Spitzensport, den wir haben. Ich rede von ganz vielen Randsportarten. Es ist einem oft gar nicht bewusst, wie viele Sportarten es eigentlich gibt, wie viele kleine Vereine, private Initiativen, wie viele Menschen mit Leidenschaft in ihrem Bereich das vorantreiben, Nachwuchsarbeit, Gesundheitsprävention, was sie alles damit leisten und diese Vereine müssen auch ihren Platz finden, die müssen auch die Möglichkeit haben, in dem zu wirken, für was sie da sind, nicht von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr, kann ich mir überhaupt das nächste Jahr leisten? Kann ich überhaupt eine Jugendgruppe weiterführen? Kann ich überhaupt den Pensionist:innen eine Turnstunden anbieten? Graz ist ja auch Stadt der Seniorinnen und Senioren und egal ob man ein ganzes Leben hier verbracht hat, ob man Lebensabend in die Stadt zieht, aus welchen Gründen man hier ist. Seniorinnen und Senioren, Menschen gediegenen Alters, müssen Graz als Stadt wahrnehmen in der sie alt werden können, würdig alt werden können. Und egal ob ich mich jetzt für Pflege daheim entscheide, die Pflege durch Professionalisten, durch meine Liebsten oder dass ich sage, ich gehe in eine der wundervollen Einrichtungen. Es muss für alle leistbar sein, es darf keine Sorgenfalte in den Gesichtern aufkommen, wenn ich an meine Pflege denke, wie mein Lebensabend ist. Und dafür haben wir als Stadt auch eine Verantwortung, dass, egal für welche Form ich mich für meinen Lebensabend entscheide, sie mir möglich ist, sie leistbar ist und meine individuelle Entscheidung. Und Graz ist auch definitiv die Stadt der Frauen, statistisch gesehen leben ja auch mehr Frauen in Graz als Männer. Und trotzdem gibt es da so viel Aufholbedarf. Und alle Aspekte, die ich davor erwähnt habe, sind eigentlich frauenpolitische Aspekte, weil wenn ich mir das Wohnen nicht leisten kann, wenn ich mir die Mobilität nicht leisten kann, wenn ich die Kinder nicht gut betreut habe, wenn ich sie nicht in der elementarpädagogischen Einrichtung untergebracht habe, dann stehe ich auch keinem Arbeitsmarkt zur Verfügung, dann komme ich auch wieder nicht

dazu in Vollzeit zu arbeiten. Dann bin ich wieder in einer Armutsfalle drinnen, und, und, und. Das heißt, alles, was wir an den Vorgängerthemen nachhaltig, seriös und leistbar gestalten, erübrigt ganz viel in der Frauenpolitik, weil dann viele Probleme erst gar nicht entstehen. Deswegen ist das ganz wichtig, auch aus diesem Aspekt heraus, dass Frauen hier eine Möglichkeit haben gut zu leben, so zu leben, wie sie leben wollen und dass sie Unterstützung finden, auch im Bereich der Care-Arbeit, weil die liegt nun einmal größtenteils noch immer in Frauenhänden. Aber kommen wir wieder zurück zum Hier und Jetzt und zum jetzigen Budget. Die sozialdemokratischen Ideen braucht es in dieser Regierung, die braucht es in dieser Stadt. Ich glaube, das zeigen wir mit vielen Initiativen. Und trotz allem Unkenrufe von der Seite, die immer wieder einmal daran knabbern, wir werden seriös und nachhaltig weiterarbeiten, fair weiterarbeiten und vor allen Dingen mit abwägendem Blick weiterarbeiten. Egal, was da von links und rechts daherkommt. Und vielleicht wird das Budget jetzt nicht, und jetzt verzeih mir, Manfred, als das populärste Budget in die Geschichte eingehen, in das Großartigste, in das Bunteste, das Budget der Superlative, von denen haben ich eh schon genug gehabt. Aber vielleicht geht es in die Geschichte ein, als das Budget, das genau seriös das gemacht hat, was es machen soll, notwendige Schritte einzuleiten, notwendige Schritte um diese Stadt in ruhige Fahrwasser wieder zu bringen, die es lebenswert und liebenswert erhält und nicht immer dieses Damokles-Schwert dann über uns schweben lässt. Denn Graz ist bunt und vielfältig, viele sind da, viele kommen vielleicht nach Graz, einige werden wegziehen und ich könnte jetzt eigentlich noch ewig weitermachen, aber ich sehe, die Redezeit ist begrenzt und ich glaube, alle freuen sich dann auch schon ein bisschen auf die Mittagspause. Was ich hier noch dalassen möchte, wir werden unser Bestes geben. Wir als Sozialdemokratie, als Teil dieser Regierung, sind dafür angetreten, das Beste zu tun und dafür stehen wir ein. Manchmal ist es lauter, manchmal ist es leiser. Meiner Meinung nach braucht es nicht immer Pauken, Trompeten die große Bühne und viele Festfanfaren, sondern es müssen einfach Sachen gemacht werden. Und das Ergebnis, ganz uneitel betrachtet, ist oft der meiste Lohn, ein kleines Danke, den Erfolg zu sehen von den unmittelbaren Betroffenen, ein Kinderlächeln oder einfach das Gefühl, das Richtige gemacht zu

haben. Egal, ob man da jetzt auf einer Titelseite landet oder nicht. Das reicht manchmal. Der eine, die andere mag mich sicher manchmal für naiv halten, wenn ich so optimistisch in eine Zukunft schaue und den festen Glauben habe, dass alles schaffbar und machbar ist. Ich muss gestehen, manchmal wird an meinem Glauben durch gewisse Wortmeldungen anständig gerüttelt und manchmal ist es ziemlich hart daran festzuhalten. Versprechen kann ich aber, dass ich mein Bestes tun werde, versprechen kann ich, dass meine Fraktion das Beste tun wird, das Beste nämlich für Graz. Wir werden weiterhin gemeinsam an dieser Zukunft arbeiten. Wir werden weiterhin versuchen, das Fundament der Stadt zu stabilisieren, weil das gehört stabilisiert und vor allen Dingen gehört es einmal saniert. Es wird uns alles abverlangen, es wird von Graz viel abverlangen, aber ich glaube, es ist schaffbar, denn wir sind da, um Verantwortung zu übernehmen. Und referenzierend auch auf die Vorrednerin kann ich stolz sagen: Hallo, mein Name ist Daniela Schlüsselberger, gerne auch fürs Protokoll und ja, ich werde dem Budget zustimmen. Wieso? Weil ich Verantwortung übernehmen, weil ich Verantwortung übernehme, wenn es einmal ruppig wird und wenn es nicht lustig ist und wenn man einiges aushalten muss. Aber das gehört halt auch dazu. Das gehört dazu, wenn man angetreten ist, für die Stadt das Beste zu machen, für die Bürgerinnen und Bürger, die da leben. Und man muss nicht immer unmittelbar einen Erfolg haben. Man muss nicht immer die große Schlagzeile haben. Man weiß, dass Sparen in der Politik immer das Unbeliebteste ist, aber für Beliebtheit sind wir auch normal nicht angetreten. Und wir sind schuldig. Wir sind schuldig den Menschen, die in Graz leben. Wir sind schuldig denen, die noch zu uns kommen wollen. Und wir sind schuldig unserer Funktion gegenüber. Ich hoffe, dass wir trotz aller Differenzen zwischen politischen Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlichen Sichtweisen, die berechtigt sind, alle gemeinsam an der Zukunft von Graz arbeiten. Die Hoffnung habe ich. Und mit der Hoffnung beginnt ja bekanntlich der Optimismus. Ich lege die Hoffnung halt in diese Runde, in unsere Politik und bin mir sicher, wenn wir alle ganz ehrlich gemeinsam zusammenarbeiten, können wir das Beste für Graz erreichen. Dankeschön.

**8.5 KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG  
(12.55 Uhr – 13.15 Uhr)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Gemeinderäte, sehr geehrte Zuseher, sehr geehrte Medienvertreter. Hallo, mein Name ist Alexis Pascuttini und ich werde dem Budget nicht zustimmen, um bei der Frau Kollegin Schlüsselberger anzuschließen. Und ich werde Ihnen jetzt auch sagen, warum wir das nicht tun werden. Aber Sie kennen mich, Sie kennen meine Kollegen schon ein bisschen in diesem Haus und wir sind ja durchaus dafür bekannt, dass wir bei Dingen nicht immer nur das Negative versuchen zu sehen, krampfhaft irgendwas hervorziehen. Wir versuchen ja auch immer das Positive zu sehen. Wir versuchen auch einmal den Mitbewerber zu loben und einmal etwas hervorzuheben, wenn etwas gut gelungen ist. Und so war es mir auch wichtig, dass einer meiner Mitarbeiter sich damit beschäftigt, was im Budget an positiven Dingen genannt werden kann. Das Problem war dann leider das, wir haben dann nach etlichen Stunden das gehabt: Eine leere, weiße Seite. Viel haben wir nicht aufschreiben können. Ich habe dann zu meinem Mitarbeiter gesagt, da müssen wir uns zusammen noch einmal hinsetzen, haben noch ein Brainstorming gemacht und haben dann durchaus ein paar Punkte gefunden, die ich Ihnen jetzt, mit einem bisschen Sarkasmus, vielleicht doch zum Positiven halten möchte. Es ist heute ein regulärer Budgetgemeinderatstermin, das ist etwas Positives in dieser Periode, weil wir uns ja in unregelmäßigen Abständen immer treffen mussten, um irgendwelche Fehler aus der jüngeren Vergangenheit zu korrigieren. Heute ist ein regulärer Budgetgemeinderatstermin, das ist etwas sehr tolles. Dann kann ich Sie loben, Herr Finanzstadtrat, für den Finanzdirektor, den Sie letztes Jahr aus dem Hut gezaubert haben, der macht eine sehr gute Arbeit. Das ist kein Sarkasmus. Warst du es, Karl? Warst du es? Ach so, ich habe gedacht, der Karl hat ihn aus dem Hut

gezaubert, weiß ich nicht. Jedenfalls, der Finanzdirektor macht eine gute Arbeit. Was ich Ihnen auch mitgeben muss, auch völlig ohne Sarkasmus, das Kommunale Plus, das hört sich zumindest gut an, es muss halt aus dem Kommunalen Plus irgendwann ein Kommunales Minus wäre, nämlich ein Minus bei den Ausgaben. Nur zu sagen, wo wir etwas ausgeben wollen oder wo wir kürzen können und das dann nicht zu tun. Das ist ein Bisschen zu wenig. Auch freut es mich persönlich, Herr Finanzstadtrat, wenn Sie Vorschläge von mir umsetzen, dann bin ich immer besonders erfreut, dann fühle ich mich so ein bisschen wie der Schatten-Finanzstadtrat von Graz. Das war bei der Burgruine Gösting der Fall. Ich muss Ihnen ganz offen sagen, da habe ich ein halbes Jahr vorher gesagt, dieser Pachtvertrag, wenn Sie nichts machen können budgetär, dann zahlen wir nur die Pacht. Das ist ja völlig widersinnig. Da geht das Geld einfach zum Fenster heraus und niemand hat etwas davon. Sie haben ihn aufgekündigt. Gut gemacht, muss ich Ihnen sagen. Wobei ich jetzt auch eigentlich etwas herausfinden will, nämlich, ob Sie das waren am 16. Oktober 2022, der gegenüber der Kleinen Zeitung sagt: Dennoch bereut Stadtrat Manfred Eber, KPÖ die Entscheidung der Übernahme durch die Stadt gerade in Zeiten der Teuerung nicht. Es ist uns eine große Freude, der Bevölkerung ein einst so beliebtes Ausflugsziel wieder zugänglich zu machen. Also das waren schon Sie, Herr Finanzstadtrat, oder gibt es da noch einen anderen Manfred Eber im Haus? Das habe ich auch versucht zu ergründen, vielleicht sagen Sie es mir später. Und was mir auch bei der Budgetvorstellung gefallen hat, auch wieder völlig ohne Sarkasmus, dass in Zukunft Investitionen nur noch bei drei Gemeinderatsterminen abgerufen werden. Ich finde das ist für die Planbarkeit und für die Steuerung dieser ganzen Sache wirklich gut, das ist ein Wunsch aus der Finanzdirektion, nehme ich an, ist gut, schreibe ich für Sie auf die Haben-Seite. Ich bin auch fair zu Ihnen, der Finanzstadtrat und liebe Koalition, die Zeiten sind nicht sonderlich einfach. Das hat halt jeder strapaziert, jeder hat das mehr oder weniger immer wieder mantraartig von sich gegeben. Die Zeiten sind nicht gut, damit müssen wir alle leben, damit muss der öffentliche Haushalt leben, damit müssen auch die Privaten leben. Aber gerade in solchen Zeiten muss man dann halt einfach, da darf man nicht immer sagen, na ja, aber es geht uns schlecht und deswegen ist das Budget

schlecht. Da muss man einfach noch mehr und noch härter arbeiten. Da muss man noch fleißiger sein. Da muss man vor allem noch mutiger sein. Und Fleiß, Mut, Drang zur Verbesserung das sehe ich bei diesem Budget einfach nicht. Und Sie haben heute dann etwas gesagt, da habe ich sehr lachen müssen mit den Kollegen drüben auf den Gemeinderatsbänken, da haben Sie gesagt, wir fahren auf Sicht, und wir sollten eigentlich noch ein bisschen langsamer fahren. Ich würde gerne aus diesem Budgetauto aufsteigen. Ich will nicht, dass dieses Auto weiterfährt. Das ist das Problem, vor dem wir schon seit über einem Jahr stehen. Ich würde da gerne aussteigen mit den Kollegen, in ein vernünftiges Budgetauto einsteigen, leider ist das nicht möglich. Das muss man tatsächlich einmal festhalten. Was ich gar nicht gehört habe in Ihrer Rede, Herr Finanzstadtrat, ist, wo man den gedenkt zu sparen. Darüber haben Sie nicht geredet. Da haben Sie nichts dazu gesagt. Vielleicht habe ich es überhört bei den vielen guten und übersichtlichen Folien, aber ich war ganz abgelenkt von den vielen Linien. Wenn wir das nicht machen, dann passiert das und wenn wir das getan hätten, dann passiert das und da wäre die Stadt pleite geworden und da hätten wir einen Gewinn. Ich war ganz begeistert von diesen vielen Linien, aber Sie haben nicht gesagt, wann Sie dann auch wirklich einmal sparen wollen. Wobei man auch dazusagen muss, wenn man den Vorrednern zugehört hat, vor allem den Rednern von der Koalition, hat, glaube ich, jeder von einem anderen Budget gesprochen. Also die Kollegin Schlüsselberger hat immer das Sparen so hingestellt, als wäre das nicht attraktiv in der Bevölkerung. Die Bevölkerung würde sich freuen, wenn hier einmal in diesem Haus gespart werden würde, nämlich wirklich gespart werden würde. Sie, Herr Eber, sprechen dann auf einmal beim Budget der Stadt Graz von Vermögenssteuern, hat in diesem Haus da nichts verloren. Die Kollegin Katzensteiner spricht dann von den Militärausgaben, die erhöht werden, ja, bitte nicht in diesem Haus. Wenn auf der Folie oben gestanden ist, 1 Milliarde NVA, dann sind das nicht die Ausgaben für die Nationale Volksarmee gewesen, sondern das sind die Ausgaben für den Nachtragsvoranschlag. Das einmal zur Klarstellung. Man hört immer, es muss gespart werden, das hört man von jedem. Und man hört dann immer 2023 wird bescheiden, 2024 wird bescheiden, danach wird es auch bescheiden und das wird irgendwie nicht

besser. Und wenn man fragt, wer spart wirklich? Sie spar nicht und Ihre Koalition spart nicht. Mit Ausnahme, man kann es irgendwo vielleicht medienwirksam irgendwie ein bisschen inszenieren. Ich gebe ein paar Beispiele, die Frau Bürgermeister, die ja vorhin abgestritten hat, als ihr die Kollegin Hopper das vorgehalten hat wegen dem Putzen, sagt gegenüber der Kleinen Zeitung: Die Büros müssen wirklich nicht jeden Tag auf Hochglanz geputzt werden. Man kann seinen Kaffeehäferl ja auch selber abwaschen. Das hat viel Potenzial. So Elke Kahr. Also welches Sparpotenzial hat das? 3 Euro, 4 Euro pro Monat, pro Quartal? Ich weiß es nicht. Es geht aber weiter. Das City-Radeln, sagt die Frau Schwentner, zukünftig nur noch drei statt fünf Mal. Das sparen wir uns Millionen. Dann geht es weiter mit den, ich würde sagen schwachsinnigen Sparvorhaben. Die Ausweitung der Baumpatenschaft, ja, das wird Geld irgend die Kassen spülen, mit Sicherheit. Und wenn wir dann auch noch den Bürgern zum 101. Geburtstag ein Billet zukommen lassen, statt eines Geschenkkorbs, dann sind wir wohl endgültig saniert. Wir sparen ja auch ein bisschen bei der Klubförderung, medienwirksam, passt, gut, soll so sein. Da haben wir halt ein paar 10.000 Euro eingespart. Wir sparen dann bei den 30 Euro Weihnachtsgutscheinen für die Mitarbeiter dieser Stadt. Ich kann Ihnen ganz offen sagen, viele Mitarbeiter dieser Stadt haben gesagt, wir brauchen die Gutscheine nicht, aber es war ein Zeichen der Wertschätzung, dass wir den Gutschein bekommen haben. Haben Sie gestrichen, nachdem es zuerst im Stadtsenat beschlossen worden ist. Völlig Wahnsinn. Natürlich ist das ausgeschickt worden und zwei Tage später ist dann die Korrektur gekommen. Wir haben dann auch noch die Wirtschaftsförderung, was das Baustellenchaos betrifft. Sie reden von den Unternehmen, ich war ganz verblüfft, der Finanzstadtrat sagt heute, die die Unternehmen schaffen die Arbeitsplätze. Ja eh, aber bei der Baustellenförderung stellt ihr das Geld nicht zu verfüg. Das ist ein Fakt. Was in diesem Haus beschlossen wird, hat auch keine, das überlebt die nächsten Monate nie. Wir erinnern uns, wir haben gesagt, einen Fonds für die Opfer von Verschublärm. Aus budgetären Gründen, nicht möglich. Dafür gibt es die Billigstohrstöpsel, die eine Hand voll Leute abruf. Das ist Ihre Politik. Dann geht es um 6 Millionen im Bildungsbereich, die fehlen jetzt. Und mir ist völlig egal, wer, wann irgendwoher das Geld bringt. Sie

haben die Verantwortung als Finanzstadt dafür zu sorgen, dass der Bildungsstadtrat mit diesem Geld arbeiten kann. Und das Geld ist ja da, das Geld ist ja nur jetzt im sozialen Bereich auch nächstes Jahr wieder überbudgetiert vorhanden, wo man dann halt ganz klar sieht, was die KPÖ für eine Bildungspolitik macht. Die Bildungspolitik ist nämlich die, in der Bildung sparen und schauen, dass diese Menschen nicht zu mündigen, erfolgreichen jungen Erwachsenen werden. Die Kinder und Jugendlichen, die sollen später einmal nicht einen erfolgreichen Berufsweg einschlagen können, basierend auf ihre Schulbildung, die sie erhalten haben, nein, die sollen ja dann später irgendwelche Almosen empfangen und auf irgendwelchen Karteikärtchen in irgendwelchen Komitees der Kommunistischen Partei Graz für die nächste Gemeinderatswahl mobilisiert werden. Das ist die Bildungspolitik, die Sie machen, und nicht eine wirkliche Bildungspolitik, wo man die Kinder und Jugendlichen in der Schule bildet. Liebe SPÖ, das ist immer euer Schwerpunkt gewesen, leider niemand da, fällt nicht auf. Bist du für die SPÖ hier, Karl? Das war immer euer Fokus, die Bildung. Die Bildung war euer Fokus, aber in Zukunft gehen die die Kinder nicht mehr in die Schule in Graz, die gehen in Zukunft auf die nette Toilette. Ich weiß nicht, was sie dort lernen, die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, die können normalerweise schon aufs Klo gehen, die werden nicht sonderlich erfreut sein über diesen Austausch von Schulen hin zu netten Toiletten. Wenn ich mir dann andenke, was Sie oft im öffentlichen Verkehr alles fordern, da machen wir Wahnsinnsprojekte. Bitte erklären Sie mir, wo sich die Mini Metro von diesem S-Bahn-Ring unterscheidet von den Kosten und von der Nichtrealisierbarkeit. Das ist beides so ziemlich das Gleiche, davon reden Sie, Sie setzen aber die einfachen Dinge nicht um. Und Frau Bürgermeisterin, Sie haben damals versprochen, versprochen in einer Kirche sogar, oder im angrenzenden Saal, dass die Menschen in der eine Raach eine bessere Busanbindung bekommen. Es geht nicht, es geht nicht. Es geht auch jetzt nicht, weil Sie die wenigen 1.000 Euro für eine bessere Busanbindung in die Raach nicht zur Verfügung stellen wollen. Raach ist auch Graz und da könnten Sie wirklich mit wenig Geld etwas für die Verbesserung der öffentlichen Verkehrssituation tun. Und wo Sie noch sparen, da sparen Sie nämlich auch sehr gerne, bei den Vorhaben, die Sie zuerst groß medial ankündigen, die bauen wir aus,

Bezirksdemokratie da bauen wir aus, das werten wir auf, lange vernachlässigt. Dann wird jemand ausgeschickt und nicht irgendwer, nicht irgendwer, the one and only für die Strategie in der KPÖ, der Bezirksvorsteher Hanno Wisiak wird ausgeschickt einen Ballon zu lancieren, zu sagen, schaffen wir doch etwas ab. Dann schaut man, wie ist die mediale Rezeption und wenn es zu schlimm ist sagt man, so haben wir das nicht gemeint und da haben wir etwas vergessen. Lesen Sie diese Woche in der Woche, als Doris Kampus und meine Wenigkeit gemeinsam nicht das Weihnachtsfest gerettet haben, sondern die Bezirksdemokratie. Und das war gut, dass Ihr eigener Koalitionspartner Sie da einmal zurückgepfiffen hat und einmal gesagt hat, nein, so nicht. Die Bezirksdemokratie wollen wir erhalten und die muss auch erhalten bleiben. Jetzt denken wir ein bisschen zurück, 23. Juni 2022, ist schon lange her, war auch ein Budgetgemeinderat, schon damals habe ich ihre Sparmaßnahmen kritisiert, damals war noch der Gag, wir streichen den Aufsichtsräten ihre Gagen. Wie viel haben wir bis dato gespart? Ich weiß nicht, ein paar 1.000 Euro daraus, gut, gut. Wir machen auch den Finanzausgleich neu, hat der Herr Stadtrat gesagt, da werden die Millionen fließen. Wir wissen jetzt eineinhalb Jahre später, aus dem Finanzausgleich ist nicht viel geworden. Der Kollege Hackenberger kritisiert die Bundesregierung, die natürlich auch aus Grünen besteht, aber keine Ahnung, vielleicht haben sie mit denen nichts zu tun. Und die Parkraumbewirtschaftung, darüber wollten wir uns auch sanieren. Ist scheinbar auch nicht gelungen. Und dann ist es natürlich immer so, und das hört man, auch gerade vorhin von der Kollegin Schlüsselberger, aber auch damals schon hat ihr Vorgänger der Michael Ehmann gesagt, durch unsinnige Großprojekte, also den Vorgängern, wäre einiges in den Sand gesetzt worden, wenn es nur zur Umsetzung gekommen wäre. Ich sage nur Olympia, Murgondel, Plabutschgondel oder die Mini Metro. Das hätte sich zu Milliarden-Gräbern entwickeln können. Sagt derjenige, der durch Graz läuft, angesichts dieser finanziellen Situation, die völlig negierend, und sagt, wir brauchen zwei Stadien, machen wir zwei Stadien und was das kostet, das kostet es. Also völliger Wahnsinn. Und jetzt sage ich Ihnen, nachdem ich Ihnen gesagt haben, wo Sie sparen oder wo Sie sparen wollen, wo Sie nicht sparen. Wo sparen Sie nicht? Das sage ich Ihnen jetzt ganz offen. Sie sparen eben nicht bei den Gehältern der

Topverdiener in diesem Haus, weil wenn die Ali kommt, die Abteilungsleiterinitiative, dann bekommt man ein bisschen Bammel, dann sagt man: Uh, blöd, weil wenn wir jetzt statt um 9,5 % vielleicht nur um 9, 7 oder 6 % die Gehälter erhöhen, dann haben wir ein Problem mit den Abteilungsleitern. Da haben Sie dann Angst, da sparen Sie dann nämlich nicht. Sonst heißt es immer abgehobene Politikergehälter führen auch zu abgehobener Politik. Die Gehälter in diesem Haus, was die Sonderverträge betrifft für Mitarbeiter, sind teilweise auch abgehoben, das ist Ihnen wurscht. Beim Stadion selbstverständlich, da haben wir Ausschuss, Ausschuss, da kommt es jetzt dann zu Planungskosten. Jeder in diesem Saal weiß, dass diese Stadionthematik jetzt nicht lösbar ist. Das wissen Sie, das wissen ja mittlerweile auch die Vereine, das weiß die Öffentlichkeit und trotzdem treffen wir uns nächsten Montag wieder zum Stadionausschuss und dann treffen wir uns wieder zum Stadionausschuss. Ich sage Ihnen, lange werde ich zu diesen Stadionausschüssen nicht mehr kommen, weil es geht jedes Mal um die gleichen Fragen. Fahrplan, wo bleibt der Fahrplan? Wo bleibt der Fahrplan? Wann geht eigentlich etwas weiter in dieser Thematik? Nein, Sie tragen es jetzt vor sich her. Das ist es. Wenn ich mir dann anschau, was im Bereich Verkehr passiert. Wir haben ja vorhin über diese kleinen Summen geredet, wenn die 101-Jährigen keinen Korb mehr bekommen, sondern ihre Billets, da sparen wir uns ein paar 1.000 Euro. Wo wir sehr viel Geld verlieren werden, das ist bei den wahnwitzigen Remisenprojekten von der Frau Verkehrsstadträtin, wo wir plötzlich nicht 140 oder 150 Millionen habe für die Remise, sondern 230, das steht in der Zeitung, da wird es jetzt einen Rechnungshofbericht auch hoffentlich bald geben, und dann werden wir wissen, wie viel es tatsächlich kostet. Vermutlich kostet es noch mehr, weil wir haben die Räder nicht nur auf der Straße überall, wo sie durchwegs noch Sinn machen in gewissen Bereichen, wir habe sie dann auch am Dach, das Windrad am Dach kommt. Und mit dem werden die Altlasten nicht saniert. Ok, soll so sein. Und wir reden jetzt nicht nur von der zweiten Remise, die wir bauen, wie in der Zeitung gestanden ist, wir reden ja schon von der dritten Remise, wo das Stadion drauf ist und noch weitere fünf Windräder. Wie wird das finanziert? Also Wahnsinn. Und dann hat mir etwas aber sehr gut gefallen, das ist wieder kein Sarkasmus, von der Kollegin Schlüsselberger, sie hat

davon gesprochen oder sie wollte davon sprechen, wir sind alle schuldig. Schuldig bin ich nicht. Für uns alle gilt auch die Unschuldsvermutung, wir sind verantwortlich. Das wäre das richtige Wort gewesen. Und jetzt sage ich Ihnen einmal, wer für dieses Budget hier verantwortlich ist. Was das Positive betrifft, dass der Ablauf gut war, ist die Finanzdirektion verantwortlich. Dafür ist auch der Dank auszusprechen, dem Finanzdirektor, aber auch den Mitarbeitern. Was in diesem Budget nicht passt, was nämlich die Politik betrifft, die mit diesem Budget gemacht wird, da sind Sie verantwortlich, sehr geehrter Finanzstadtrat, weil Sie haben Ihre Versprechen gebrochen, dass man wirklich sich konsolidiert, dass man wirklich spart. Da ist auch die Frau Bürgermeisterin verantwortlich, dass das Budget so aussieht wie es aussieht. Heuer haben wir Sparbeträge aufgebaut auf den Sparbüchern, weiß jeder, in Zeiten der hohen Inflation, bitte bunkert das Geld am Sparbuch, dort vermehrt es sich am besten, oder was, keine Ahnung. Auch nächstes Jahr hat man überbudgetiert, damit man, wie vorhin auch richtig gesagt wurde, irgendwann dann das auch ausschütten kann. Die Grünen sind verantwortlich für dieses Budget, wo eben die Kosten bei gewissen Projekten explodieren, wo Unsinnigkeiten umgesetzt werden, die kosten gleich 300.000, 400.000, 500.000 oder 600.000 Euro, da ist das Geld abgeschafft, auch das findet sich in diesem Budget. Und wissen Sie wer noch verantwortlich ist? Das ist die SPÖ. Die ist genauso hier mitverantwortlich. Und jeder, der sich im Sommer gedacht hat, jetzt ist Kampus-Zeit, der wurde dann enttäuscht, wie alljährlich kann die Krampus-Zeit im Dezember, und ich war ein kurzer Zeitraum, die Kampus-Zeit, wo man wirklich einmal auf den Tisch haut, einmal im Budget etwas korrigiert, die ist nie gekommen, muss man ganz offen sagen. Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet, nämlich als Bettvorleger vor dem neuen Kühlschrank. Ich habe noch nie eine Einladung bekommen von der SPÖ, würde ich gerne einmal begutachten, wir bräuchten auch einen neuen. So ist das passiert. So ist das passiert, man hat sich aufgeregt, hat einen Kühlschrank bekommen und dann war die Kritik vorbei. Und jetzt, da noch ein bisschen Redezeit über ist, darf ich mir auch das Recht herausnehmen, das sich andere herausgenommen haben, und einfach über irgendwas reden, nämlich über Steuern. Die haben zwar hier im Haus nichts verloren, aber reden wir halt auch

darüber. Die Vorgänger haben das gemacht, ich mache es auch. Ich weiß nicht, Frau Kollegin Katzensteiner, welche OECD-Studie Sie gelesen haben, ich habe kurz gegoogelt, ich habe die OECD-Studie gefunden, wo wir auf Platz vier sind in Europa, was die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben betrifft. Da sind wir extrem hoch dabei, da müssen wir einmal runterkommen. Und was die Vermögenssteuer betrifft, sage ich Ihnen eines, wir müssen nicht mehr Vermögensteuern produzieren, wir brauchen treffsichere Vermögenssteuern. Ich sage Ihnen nämlich eine Vermögenssteuer, die eine Frechheit ist, das ist die Kapitalertragsteuer. Da werden Sie jetzt schreien: Die Kapitalsteuer, das bezahlen ja nur die Immobilienfonds und die Aktieninvestoren und dergleichen. Nein, die Kapitalertragsteuer ist eine, nein, das ist nicht richtig, Herr Finanzstadtrat, die Kapitalertragsteuer, ach so, ok, danke, dann nehme ich es zur Kenntnis, die ist eine Frechheit, weil die trifft jeden, der vielleicht ein bisschen ein Geld anlegt mit den gleichen 27,5 %, wie die großen, wirklich die großen Fonds. Und dort könnte man das treffsicherer gestalten. Und ich hoffe, also ich habe das gelesen, dass das auch noch umgesetzt werden soll, steht im Regierungsprogramm, das wäre eine gute Sache, da einmal nachzuschärfen, dass man sagt, die Kapitalertragsteuer treffsicher machen, einen Gewinnfreibetrag zu machen, 10.000 Euro pro Jahr. Also wer das zusammenbekommt an der Börse, der ist eh, also von den Kleinen, der ist eh sozusagen mehr oder weniger zu beglückwünschen und den Großen, denen wird das nicht auffallen, die sollen halt weiterhin die 27,5 % bezahlen. Die müsste man treffsicher machen, man braucht keinen neuen Vermögensabgaben. Und weil Sie vorhin gesagt haben, die Erben, die bekommen das einfach und dann bekommen die viel Geld und haben nichts dafür getan. Das ist alles bereits versteuertes Geld, hoffe ich, also die ausgenommen, die es irgendwie durch Schwarzarbeit erwirtschaftet haben, aber das meiste ist bereits versteuertes Geld. Warum soll man versteuertes Geld dann noch einmal versteuern? Das ist halt wirklich etwas, wo ich sage, das verstehe ich nicht. Das ist halt wirtschaftsfeindlich. Und wie wissen Sie, was ich Ihnen auch sage? Wenn wir sagen, wir besteuern die großen Konzerne noch mehr, die sind überhaupt Bösesten der Bösen, die werden Sie nie erwischen. Wenn Sie mit den Gebühren und mit den Steuern weiter raufgehen,

passiert das, was in Frankreich und in Belgien teilweise passiert, dass die französischen Konzerne dann halt in Belgien sitzen oder dann sitzen sie halt in den Niederlanden oder dann sitzen sie halt auf Zypern oder wo auch immer. Sie werden diese Steuereinnahmen nie bekommen, egal ob die Steuer jetzt bei 50, 60 oder 80 % ist. Das muss einmal klar gesagt werden. Damit, den Exkurs zu den Dingen, die mit dem Budgetgemeinderat nichts zu tun haben, erkläre ich für beendet. Jetzt muss man halt einfach einmal ein Resümee ziehen. Wir haben jetzt ein Budget, das in den nächsten Jahren nie besonders gut ausschaut, die Mittelfristplanung ist katastrophal, besser wird es nicht. Und da muss man sich die Frage stellen, ich werde eine Metapher verwenden, das ist ja der Lieblingssport der Koalition und von Michi Ehmann, der Fußball, und nach dem Fußballmatch, wenn man verloren hat, stellt man sich immer die Frage, hat es an der Qualität gelegen oder am Kampfeswillen? Das ist die Frage. Und bei Ihnen, Herr Finanzstadtrat, frage ich mich, Qualität oder der Kampfeswillen? In gewissen Bereichen erkenne ich, dass es völlig am Kampfeswillen fehlt, da fehlt es an Mut, da fehlt es einfach an den Dingen, dass man sagt, ok, das, was wir versprechen, das, was wir vor uns hertragen, das setzen wir dann auch um. Und es fehlt aber dann einfach auch an der Qualität, da gibt es einfach Fehler in der Vergangenheit, die jetzt mit großer Mühe und Not durch den Finanzdirektor und sein Team korrigiert werden, sicher nicht durch Sie. Und so, wie Sie das Finanzressort führen, so wie die Mittelfristplanung ausschaut, so wie dieses Budget ausschaut, so kann man nicht die zweitgrößte Stadt Österreichs führen. So führt man vielleicht eine Nebenerwerbslandwirtschaft in Seiersberg mit ein paar Henderln, mit ein paar Schweinderln. Das kann man so führen, keine Frage. Aber man kann halt wirklich nicht die zweitgrößte Stadt Österreichs so führen. Das muss man einmal ganz offen sagen. Und deswegen, zum Abschluss bin ich wieder produktiv, verlassen wir ein bisschen den Zynismus und mache ich noch einen Sparvorschlag. Lieber Herr Finanzstadtrat, nehmen Sie Ihren Hut, werden Sie als passionierter Landwirt Finanzreferent beim Bauernbund Seiersberg, machen Sie diesen Platz frei, setzen wir den Herrn Finanzdirektor statt Ihnen hier her, dann haben wir aus zwei teuren Posten einen gemacht, sparen uns 100.000 Euro im Jahr und wir haben schon wieder in dieser

Sekunde etwas gespart. Und Sie sehen, ich bin wunderbar in der Zeit geblieben, die restlichen 20 Sekunden, die schenke ich jetzt der Allgemeinheit, dass wir ein bisschen Zeit aufholen, wünsche Ihnen noch einem schönen Budgetgemeinderat und viele weitere spannende Reden.

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Herzlichen Dank. Das wird, was die Hauptreden betrifft, nicht mehr so viel sein. Jetzt ist der Herr Gemeinderat Pointner dran, dann kommt der Herr Gemeinderat Wagner und der Herr Gemeinderat Lohr, nur damit Sie ein bisschen wissen, verzichtet darauf, die Hauptrede zu halten. Also jetzt ist am Wort, Herr Gemeinderat Pointner für die Neos und danach Herr Gemeinderat Wagner für die FPÖ.

#### **8.6 GR Mag. Philipp Pointner, Neos (13.16 Uhr – 13.32 Uhr)**

**GR Mag. Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat. Sie haben bei Ihrer PowerPoint-Präsentation ein sehr schönes Schlagwort drüber gestellt: Beständigkeit und Zuverlässigkeit in turbulenten Zeiten. Das ist vier Seiten später konterkariert worden durch sehr viele Fragezeichen. Und wo ist die Zuverlässigkeit und Beständigkeit, wenn so viele Fragezeichen offen sind? Also ein Schlagwort, das wirken soll wie Sand in den Augen, Beruhigungstablette für die Bürger:innen, Opium fürs Volk. Und hinterlegt wird das Ganze mit dem schönen Uhrturm in der Sonne. Aber wenn man genauer hinschaut, dann war Graz darunter im Nebel. Das war ein schönes Herbstbild, aber im Herbst ist Nebel und genauso ist der Budgetentwurf. Das ist eine Nebelsuppe der Stadtregierung durch die vielen Fragezeichen. Und in diesem Nebel

wird mit Finanztricks gearbeitet. Da sind wir im Zauberreich und da sind wir irgendwo hier auch jetzt im Gemeinderatssitzungssaal, der hat große Ähnlichkeiten mit dem Speisesaal von Hogwarts, in der Welt von Harry Potter. Da wird gegessen und zuerst sind einmal die Teller leer und das ist so die Situation am Ende des Jahres 2023 die Teller sind leer. Und was macht man dagegen in Hogwarts? Man zaubert sich etwas in den Teller wieder hinein. Und das ist das neue Budget. Da zeigen die KPÖ, die Grünen und die SPÖ dafür Verantwortung. Aber mit Zaubertricks übernimmt man keine Verantwortung. Und Zaubertricks bringen nicht wirklich Geld in die Kassen der Stadt, so wenig, oder nachhaltig Geld die Kassen der Stadt. Ihre Tricks sind mehr eine Verteidigung der dunkeln Künste, und das ist ein Bereich, wo man sich sehr schnell die Finger verbrennt. Und eine solide Finanzpolitik sollte mit einer Verteidigung der dunkeln Künste eher nichts zu tun haben. Also, 2024 sind die Kassen wieder leer, die wesentlichen Kennzahlen sind im tiefroten Bereich, passen somit zur vorherrschenden Farbe der Koalition. Die freie Finanzspitze ist negativ, auch rot, die Zinslast steigt und das kann man alles gut nachlesen im Voranschlag. Freie Finanzspitze ist negativ. Was bedeutet das? Wir haben keinen Spielraum mehr für Investitionen, ohne massenhaft wieder neue Schulden zu machen und, wie wir es gesehen haben, die Gebühren, entgegen Ihrer eigenen Wahlversprechen, wieder zu erhöhen. Und Sie stellen sich trotzdem hin und sind überzeugt davon, dass das Budget Sicherheit, Zuverlässigkeit, Beständigkeit verströmt. Bei dieser Mittelfristplanung sicher nicht. Und was mich noch stört, ist, dass für Sie in Ihrer Welt immer die negativen Einflüsse von außen kommen und dass wir uns immer gegen außen wehren müssen. Wir schauen da in die Ukraine, wir schauen nach Deutschland mit der Rezession, wir schauen nach Wien, der Bund tut nicht genug, das Land und so weiter und so fort. Aber in den eigenen Bereich schauen wir nicht, zum Beispiel in die Holding und was da eigentlich zu verbessern wäre. Wir werden also immer so schlecht behandelt von außen und da sind wir wieder bei der Verteidigung der dunklen Künste, aber bitte keine Zaubertricks. Jetzt werde ich Ihnen einen sehr, sehr, sehr geschickten Zaubertrick darlegen, mit denen Sie Ihre Liquidität sichern wollen in diesem Budgetentwurf. Und dieser Zaubertrick, der Hauptzaubertrick, sind die Kassenstärker. Und Sie haben dem schon vorzubeugen

versucht, aber es ist einfach falsch, Kassenstärker steigern sehr wohl die Schuldenlast einer Stadt. Sie sind das Instrument, um liquide also zahlungsfähig zu bleiben. Und was machen sie? Sie lockern die Schuldenbremse der Stadt. Ganz wichtig im Grazer Statut, Kassenstärker dürfen nämlich nur in einem engen Rahmen aufgenommen werden, ich werde das gleich ausführen. Und das ist einmal schon gelockert worden, einmal schon gelockert worden in der Corona-Zeit, diese Schuldenbremse. Eine Schuldenbremse soll uns davor schützen, dass nicht noch mehr alles auf Pump gemacht wird. Da gab es einen Notfallparagrafen mit Statut, § 83a, und der wird jetzt wieder angewendet. Und was macht dieser Paragraph, und das führe ich auch gleich noch näher aus? Wir geraten immer mehr in die Abhängigkeit von Entscheidungen des Landes. Und diese Verdreifachung der Kassenstärker, die Sie jetzt andeuten und die kommen werden, ist aber einem inneren Versagen geschuldet und zwar Trägheit. Trägheit im Willen zu Reformen der Stadtregierung. Sie haben es bis heute in zwei Jahren nicht geschafft von innen heraus die Stadtfinanzen in sichere und ruhige Gewässer zu führen. Nun im Detail. Was ist ein Kassenstärker? Ein Klassenstärker ist eigentlich sehr leicht verständlich, weil das ist nichts anderes, als das, was jeder von uns, jede Grazerinnen und Grazer am Konto hat, nämlich ein Überziehungsrahmen. Und da ist der Denkfehler, Sie tun so, als ob das nichts kostet. Aber was kostet ein Überziehungsrahmen, wenn man da hineingeht? 9 %. Und Sie schreiben in der Mittelfristplanung von 2,5 %, 3 % Schuldenlasten. Nein, Überziehungsrahmen 9 % und das ist schon eine Menge Geld. Die Stadt Graz hat ihre Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Wir brauchen einen stabilen Liquiditätsplan. Kassenstärker, Überziehungsrahmen wird der Eintritt von Liquiditätsengpässen eingesetzt. Da nimmt man eben diesen Kredit auf oder ein Darlehen zur Zwischenfinanzierung. Aber bei uns im Statut steht, das darf niemals länger als ein Jahr in Anspruch genommen werden, und dieses Darlehen, dieser Kritik muss im selben Jahr zurückgezahlt werden, steht im § 83. Und das ist eben diese Schuldenobergrenze, diese Schuldenbremse für Zwischenfinanzierungen, damit eben teure, Zwischenfinanzierungen bei unserem Bankkonto 9 %, ich weiß nicht, was Sie sich heraushandeln, aber sicher mehr als zweieinhalb werden es schon werden, begrenzt auf 60 Millionen, das ist eh schon ein

ordentlicher Batzen. Es ist in der Corona-Pandemie ausgehebelt worden aufgrund einer Notlage. Es gab finanzielle Turbulenzen, also hat man über den Landesgesetzgeber den § 83a eingeführt, und dort in der Corona-Zeit gab es zum ersten Mal die Ausweitung, die Verdreifachung der Schuldenobergrenze, 180 Millionen. Und was natürlich arg ist, und woran wir immer noch zu arbeiten haben, der Zeitraum wurde auf eine beliebige Dauer, in unserem Fall zehn Jahre, ausgedehnt. Also wir zahlen eh schon an der Zwischenfinanzierung von der Corona-Pandemie noch zehn Jahre. Dieser Paragraph ist 2021 ausgelaufen, ist aber gestern vom Landtag wieder neu beschlossen worden, um uns da aus der Patsche zu helfen. Derselbe Paragraph, und eines muss ich jetzt ganz deutlich festhalten, wir haben keine vergleichbare Situation zur Corona-Pandemie mehr, wir haben keine Pandemie zu bekämpfen, wir haben höchstens zu bekämpfen, dass diese Stadtregierung Reformunwillen zeigt und Trägheit, was die eigene Sauberkeit des Hauses betrifft. Das ist sehr bedenklich und eine verantwortungslose Schuldenpolitik. Und es zeigt, dass wir in Graz de facto nicht mehr aus eigener Kraft in der Lage sind, die finanzielle Situation statutengemäß zu gestalten. Wir brauchen neue Paragraphen, wir brauchen den Notparagraphen, obwohl es eigentlich keine Not gibt. Das kann es einfach nicht sein. Ich fordere Sie auf, stattdessen professionelle Regierungsarbeit zu leisten, anstatt wieder aufgrund von Tricks die Schuldenlast der Stadt zu vergrößern. Und ich unterstreich es noch einmal, die Kassen sind genauso leer, nach wie vor, wie die Teller in Hogwarts vor dem Essen und Sie zaubern weiter. Aber Sie können es nicht einmal selber. Sie sind Zauberlehrling, quasi in der ersten Klasse Hogwarts. Aber Sie gehen nicht zum Dumbledore, sondern Sie gehen ins Land zu Severus Snape. Sie bedienen sich der dunklen Künste des Landes und dessen Hauptmannes, anstatt dass Sie selber ihr Handwerk ausüben, Finanzpolitik machen. Und das erwarten sich die Grazerinnen und Grazer von Ihnen, professionelles finanzpolitisches Handeln, anstatt Finanztricks im Nebel von einem intransparenten Haushaltsvoranschlag. Und da sind wir auf einem sehr schmalen finanziellen Grad und wir haben keine Spielräume mehr, das wissen wir ja, aus eigener Kraft Investitionen zu tätigen in die Zukunft. Aber das brauchen die Grazer:innen, gerade Investitionen, die wir uns leisten, können, wir

wollen ja vorwärts kommen. Und wir müssen daher endlich, und das ist wirklich ein leidenschaftlicher Appell, die strukturellen Probleme in Graz anpacken, weil sonst haben wir keine Luft zum Atmen mehr in Graz. Und ich weise wieder darauf hin, gehen Sie es endlich an, Aufgabenkritik in der Holding, Doppelgleisigkeiten vermeiden. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, Kommunikationsabteilung in der Stadt, Marketing in der Holding, üppigst. Warum fangen wir es nicht endlich an? Warum schauen wir uns nicht die Pensionen an? Wir haben reichlich Pensionskaiser in Graz, die mit einem fünfstelligen Betrag herumgehen über der ASVG-Höchst Pension. Und dann natürlich noch das viele Geld, wo wir nicht in der Lage sind, das substanziell zu verringern. Das sind die Klubfinanzierungen und Fraktionsfinanzierungen, wo wir schon lange Zeit eine Halbierung fordern und dann auch noch eine Transparenz bei der Verwendung der Klubfördermittel, was auch ein wichtiger Bereich ist, um Sauberkeit hineinzubringen. Und dass wir natürlich sinnvolle Investitionen brauchen, darauf haben wir auch immer wieder hingewiesen. Es wird natürlich leider immer wieder auch abgelehnt, zum Beispiel, wenn es um die faire Bildung geht. Ich kann mich da nur anschließen, wir stehen dafür, jeder Euro mehr ist doppelt so viel wert, als auf ihm draufsteht, wenn man in die Bildung investiert. Jede Schule muss einzigartig sein können in ihrer Schwerpunktsetzung, damit jedes Kind in der passenden Schule eine einzigartige Betreuung bekommt. Ausbildung, dass die Talente gehoben werden, da wird viel zu wenig hineingesteckt. Da kann ich mich den Vorrednern wirklich mit Herz anschließen und auch dem Herrn Bildungsstadtrat. Es geht aber, und das fordern wir auch immer wieder und stellen Anträge, um die Lebensqualität in der Stadt und zwar mit Maßnahmen, die dem Klimawandel wirklich entgegenwirken. Warum wird ein echter Stadtbaum, gepflanzt nach dem Stockholm-System, abgelehnt? Warum lieber Trogerl in der Zinzendorfgasse, lieber Trogerl in der Annenstraße. Und ich sage Ihnen, die schauen im Sommer wie im Winter erbärmlich aus und sie sind nicht nachhaltig und sie sind nicht klimawirksam. Das ist es keine gute und nachhaltige Budgetpolitik, weil da ist jeder Euro verschwendet. Und die Zinzendorfgasse hat gekostet jetzt wieder und die Annenstraße kostet, und das sind wir auch schon wieder bei 1 Million, und die wird klimamäßig nichts bringen, weil jeder Baum fängt einmal ein klimawirksam etwas zu

bringen, wenn er 25 Jahre alt ist und Ihre Bäume in den Trogerln, die verderben weit vorher. Und auch wenn man das anpreist, dass man in den Raum stellt, dass vielleicht der Tummel- und Bischofsplatz einmal besser gestaltet werden und nachhaltiger, dann sind das auch nur Mikromaßnahmen, die hier als Erfolg verkauft werden. Es wird sich, auch wenn man da einfach im Kleinen wieder tätig wird, das Stadtklima nicht nachhaltig verändern und die Aufenthaltsqualität im Innenstadtbereich wird überhaupt nicht zunehmen. Und da sind wir halt beim Wirtschaftsstandort, der wird tatsächlich, budgetär und regierungsmäßig komplett vernachlässigt. Wir haben da auch unsere Anträge gestellt. Die Innenstadt zum Beispiel hat ein unglaubliches Potenzial, dass sie die schönste Flaniermeile Österreichs wird. Und da müssen wir jetzt anfangen, etwas dafür zu tun. Und zwar Investitionen, nachhaltige Investitionen, parallel zur Fertigstellung von der Entlastung, eine Stadtallee wieder mit wirklichen Bäumen statt Trogerln, ich hab es eh schon angesprochen in der Annenstraße, das Desaster, dann die Gratis-Bim zum Hauptbahnhof, die Leute, die von draußen reinkommen, gratis in die Stadt zum Einkaufen. Ein funktionierendes Parkleitsystem, wo ist das? Ein gut dotiertes Citymanagement, das den Unternehmerinnen und Unternehmen zur Seite steht, dass sie sich gut ansiedeln und dass es der Stadt etwas bringt. In der Zusammenfassung, es ist wirklich fatal, dass wir immer wieder nur über die Finanznot in der Stadt Graz reden müssen und dann in welchem Nebel, irgendwelche Finanztricks von Kassenstärkern und so weiter, die Schulden noch mehr vergrößern, anstatt dass wir uns über die Perspektiven und Potenziale von der Grazer Innenstadt und auch wichtigerweise den Grazer Bildungseinrichtungen unterhalten. Wir haben uns auch gewünscht als Opposition, dass wir das im Laufe der Zeit immer noch aus eigener Kraft schaffen, zu gestalten. Jetzt brauchen wir die Beistandspflicht des Landes, wir brauchen Landesgesetze, Statutenänderungen, Verordnungen der Landesregierung um Geld in die Kassen zu bringen. Das sind Tricks. Wir haben keinen Spielraum und deshalb werden wir Neos dem Budget aus Überzeugung nicht zustimmen.

**Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (13.33 Uhr).**

**8.7 GR Günter Wagner, FPÖ  
(13.33 Uhr – 13.50 Uhr)**

**GR Wagner:**

Hoher Stadtsenat, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Beim Weg hier her zur Sitzung durch die ganzen Schikanen und Baustellen, erinnert es heut eher an eine bekannte Zeichentrickserie, Bob der Baumeister. Die heutige Folge: Baustellenkoalition legt Baustellenbudget vor. Viele Löcher aufgerissen und offenbar kein Mittel zum Schließen gefunden. Das Einzige, was man jetzt gehört hat, die ganze Zeit Ausreden, es sind immer die anderen schuld. Also so ist es nicht. Was wir auch lesen und sehen und hören haben können, war der Spruch auf Sicht zu fahren. Das haben wir in der Fahrschule alle gelernt. Dort ist das auch richtig und gut. Dieser Grundsatz ist beim Budget allerdings nicht anzuwenden. Da wäre der richtige Grundsatz die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit. Zuerst einmal zur Sparsamkeit, aus ideologischen Gründen werden Vorhaben umgeplant, in die Länge gezogen, bis sie unerschwinglich teuer werden, zum Beispiel eben die Remise, voraussichtliche Mehrkosten rund 60 Millionen Euro. Sozialleistungen werden mit der Gießkanne verteilt und Sparbücher werden gehortet. Wahrscheinlich, bei dem Verhandlungsgeschick, gibt es da richtig tolle Zinsen, die wir da erhalten. Ich kann nur eines sagen, meiner Meinung nach nicht sparsam, ein klares Minus. Zur Wirtschaftlichkeit, ein Budget mit einem negativen Saldo vorzulegen, bereits beim Vorlegen anzukündigen, dass man in sechs Monaten da wieder ein Update vornimmt, ein Budget, das sechs Monate hält, das haben wir schon gehabt, das brauchen wir nicht noch einmal und die Grazer wollen das auch nicht. Hier sollte man Regierungsverantwortung übernehmen und wirklich für Stabilität sorgen. Das wäre wirtschaftlich, das ist das Budget, das hier vorliegt, leider nicht. Ebenfalls ein Minus. Und nun zur Zweckmäßigkeit, in Zeiten der Rekordteuerung, wo voraussichtlich auch

die Arbeitslosigkeit rapide ansteigen wird, wo viele Grazer nicht wissen, wie sie die finanziellen Mittel aufbringen sollen, die sie im täglichen Leben brauchen, wird ein Gremium wieder einberufen, um darüber nachzudenken, welche Straßennamen, dass wir im nächsten Jahr wieder umbenennen sollen. Das interessiert die meisten Grazer auch überhaupt nicht. Das ist nicht zweckmäßig. Ebenfalls ein Minus. Und um den Kreis zu schließen und zur Fahrschule zurückzukommen, drei von drei möglichen Punkten Minus, das gibt einen satten Führerscheinentzug, eindeutig. Ich kann mich auch noch ganz gut erinnern an die lauten Rufe, wir können das besser, wir machen das besser als unsere Vorgänger. Ihr seid jetzt nun über zwei Jahre in Regierungsverantwortung, Mittelfristplanung habt ihr vorgelegt, wo der Schuldenstand bis 2028 von 1,6 Milliarden Euro auf 2,4 Milliarden Euro ansteigen wird. Ihr könnt es nicht besser und ihr macht es definitiv nicht besser. Und zum Thema Versprechen, bei der KPÖ meistens wahrscheinlich eher Versprecher vor der Wahl, da hat man immer gehört, keine Gebührenerhöhungen. Nun ist die sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kahr in Regierungsverantwortung mit ihrer Mannschaft und ihrer Koalition und die Gebühren für die Grazerinnen und Grazer steigen und steigen und steigen. Und hier nur ein paar Beispiele, zum einen sind es die Parkgebühren, die gestiegen sind, und die halbe Stunde Blaue Zone von 1 Euro auf 1,30 Euro, das ist eine Steigerung um lächerliche 30 %. In diesem Zusammenhang aber schon zu erwähnen, dass mit euren Stimmen die Frau Vizebürgermeisterin Stau-Stadträtin Mag. Judith Schwentner mit euren Stimmen eben 500 Parkplätze vernichtet hat und somit in Kauf genommen hat, dass Einnahmen in einer Höhe von 500.000, da sind wir eben bei einer halben Millionen Euro, verursacht und zu verantworten hat. Das zweite, die Müll- und Kanalgebühren am 1.1.2023 um 10,5 % erhöht. Heute gibt es wieder eine Beschlussfassung, wird wieder um 34 % erhöht. Der öffentliche Verkehr wird weiter erhöht. Wir einigen uns auf weiter erhöht. Euer Lieblingsthema, der Grünen in der Koalition, der öffentliche Verkehr, die Stundenkarten Graz bereits bei drei Euro. Graz liegt da auf dem unrühmlichen ersten Platz im Österreichvergleich. Hier ist zu erwähnen, dass 2015 neue Garnituren bestellt sind, der wir natürlich für den Ausbau auch dringend brauchen. Allerdings im Budget nicht berücksichtigt ist, dass wir

teilweise Garnituren im Einsatz haben, die Baujahr 1978 haben, wo die Ersatzteilversorgung nicht mehr lang gewährleistet ist und wo man vielleicht auch davon ausgehen muss, dass wir vielleicht die eine oder andere austauschen und ersetzen müssen. Im Budget ist davon nichts zu sehen. Auch da könnt ihr es nicht besser und ihr macht es nicht besser. Ebenfalls gut in Erinnerung, ein Posting der Grünen oder besser gesagt vom Klubobmann Karl Dreisiebner, ich darf es so verlesen, wie sie war: Mit der erneuten Kürzung der Klubförderungen beweist die Grazer Politik, dass sie in Zeiten enger Budgets auch bei sich selbst zu mehr Sparsamkeit bereit ist. Also ich stehe grundsätzlich hinter dem Beschluss, ich habe ihn mitgetragen. Zweifelsohne ein wichtiges Signal, aber nicht mehr als eine Effekthascherei, da geht es um rund 100.000 Euro. Würdet ihr es wirklich erst meinen bei euch selbst sparen zu wollen, dann würde ich einmal prüfen, ob der Personalstand in den sieben Stadtregerbüros und in den fünf Klubbüros wirklich in dieser Höhe notwendig ist. Das das wird insgesamt auf jeden Fall ein sehr großes Einsparungspotenzial ergeben. Ein Negativbeispiel wäre die Vizebürgermeisterin Mag. Judith Schwentner, die eine so hohen Personalstand hat wie keiner ihrer Vorgänger. Der Herr Stadtrat Eber hat es ja schon einmal in der Vergangenheit ausgeführt, es gibt offenbar Probleme, dass wir im Haus die Posten besetzen. Also wir müssen wir uns um die Leute auch keine Sorge machen, an anderer Stelle werden diese Kräfte ganz sicher dringlich gebraucht. Und wenn wir vom Personal sprechen, möchte ich auch erwähnen, dass das Thema Lehrlinge offenbar im Haus Graz auch nicht mit dieser Aufmerksamkeit in Zukunft gewürdigt wird, wie es eigentlich notwendig wäre. Es scheinen im Dienstpostenplan wieder 35 Lehrlinge auf, und ich sage nur 35 Lehrlinge, weil wenn wir jetzt schon Probleme haben, dass wir Posten besetzen und Mitarbeiter finden, dann würde ich einmal an der eigenen Stelle anfangen und die Leute ausbilden und dann im Haus Graz behalten. Ich glaube, das wäre einfach eine Möglichkeit, dass wir da Vorsorge treffen und das ist auch ganz sicher finanzierbar, denn so viel verdient ein Lehrling nicht. Ein kleiner Lichtblick, es gibt auch Lichtblicke im Budget, den möchte ich auch nicht unerwähnt lassen und das ist natürlich, dass der Gehaltsschluss vom Bund übernommen wurde und die Mitarbeiter im Haus Graz den natürlich auch erhalten.

Danke dafür aber den haben sie sich selbst auch redlich verdient. Und nun zum dritten Koalitionspartner im Bund, Mittäter dieses Budgets, würde ich meinen, Juniorpartner, haben sie sich selbst genannt. Was sie auch selber gesagt haben, war eine deutliche rote Handschrift soll man laut eigenen Aussagen im Budget hinterlassen haben. Also ohne das Projekt jetzt grundsätzlich schlecht zu reden, das ist schon ganz ok, muss ich schon feststellen, dass bei den drei bedeutendsten großen Würfeln der SPÖ im Budget der Landeshauptstadt Graz die nette Toilette fällt. Also nicht böse sein, das ist grundsätzlich ein Zeugnis an sich und eine Selbstaufgabe und definitiv ein Griff ins Klo. Und auch da muss man sagen, ihr könnt es offenbar nicht besser und ihr macht es auch nicht besser. Medial habt ihr natürlich auch vorgebaut und dafür gesorgt, dass Fremde schuld sind, man hat von einem großen Minus, das von außen daherkommt, gesprochen. Da geht es zum Beispiel um das neue Sozial- und Pflegefinanzierungsgesetz, das uns bis 2027 rund 50 Millionen Euro kosten soll. Ja, das ist sicher nicht positiv und daran werden wir zu knabbern haben. Was ich mich aber schon frage, ist so ein Termin dann nicht so wichtig, dass man als Bürgermeister oder Finanzstadtrat vorher zu den Terminen auch hinget? Es geht immerhin um sehr viel Geld. Ich würde nicht sagen, dass Sie es sicher verhindern hätten können, aber probieren hätten man es vielleicht soll. Aber nun zu paar kleinen Einzelbereichen. Zur Wirtschaft, nicht zuletzt, leidet eh unter der hohen Inflation und auch unter der Bauwut, die diese Stadtregierung hier in Graz auslebt, würde ich einmal sagen. Im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus hat sich auch zum anderen der Gemeinderat David Ram immer sehr stark gemacht, hat gesagt, wir brauchen eine neue Wirtschaftsstrategie, die muss erstellt werden. Ja, ist so, das habe ich auch mitgetragen, das ist auch wichtig. Aber ich habe damals schon gesagt, man muss dann auch bedenken, dass das am Tagesende ein Geld kostet, dass man Geld in die Hand nehmen muss. Die Budgeterstellung und das Budget in dem Bereich zeigt das wahre Bild, mehr als Lippenbekenntnisse auf Anträge, die ins Leere laufen, bleiben nicht über, nur große Überschriften dahin zu zeichnen und die dann nicht zu finanzieren ist einfach nicht richtig. Und auch in der Bildung, will man sie nach außen zwar groß rühmen, allerdings ist das beim Budget so sicher nicht herauszulesen. Es wird da zu

einigen Reduzierungen kommen. Es wird zu Reduzierung kommen, die leider die Grazer Bevölkerung, und eher früher als später, zu spüren bekommt und das ist nicht richtig. Dafür sollte das Geld da sein, um eben unseren Jungen und Jüngsten Betreuungsplätze sicher zu stellen und eine gute Ausbildung sicher zu stellen. Aber ich möchte auch nicht nur im Negativen verfallen. Ich habe auch einen Preis zu verleihen, den Preis für die beste Namensgebung eines Projektes, den ich euch da gerne zu Teil werden lasse. Der Preis geht an das Kommunale Plus, hinter dem netten Namen verbirgt sich nämlich in Wahrheit ein Projekt, wo es darum geht, Leistungen zu streichen, einzusparen, zu kürzen und somit für die Grazer Bevölkerung unter Umständen auch ein Kommunales Minus zu erzeugen. Was nicht heißt, dass eine Aufgabenkritik nicht sehr wichtig ist, also das gehört auf jeden Fall gemacht und das ist notwendig und auch zum jetzigen Zeitpunkt sehr wichtig, dass wir das tun. Aber reden wir das bitte nicht schön. Ja, wir müssen sparen und wir müssen dort sparen, wo es sinnvoll ist. Und ich hoffe, dass dieses Projekt mit diesem schönen Namen dann auch irgendwann ein schönes Ende findet und auch an den richtigen Stellschrauben dreht. Und nicht nur dort, wo man es gerne machen würde. Und nun zu meinem Herzensthema, und das ist der Sport. Schade, wie unter dieser Regierung eigentlich mit Sport und Bewegung umgegangen wird. Verwunderlich vor allem deshalb, weil in vielen anderen Bereichen ihr extrem auf die Expertenmeinungen hört. Und wenn man sich mit dem Thema Sport beschäftigt, wird man feststellen, Ärzte, die WHO und sehr viele Experten sehen Sport und Bewegung als wichtige Investitionen für die Zukunft. Nicht, weil wir dadurch an Lebensjahren gewinnen, also das wäre schön, wenn so wäre, aber wir gewinnen viele gesunde Lebensjahre. Schweden hat annähernd dieselbe Lebenserwartung wie wir hier, allerdings wesentlich mehr gesunde Jahre und das sollte unser Anspruch sein, das muss uns etwas wert sein. Nehmen wir uns ein Beispiel daran und nehmen wir dafür bitte ich auch ein Geld in die Hand. Das Sportbudget wird nicht valorisiert. Bei den steigenden Kosten, die auch in diesem Bereich, natürlich durch die Inflation angeführt, zu erwarten sind, wird es da zu Kürzungen kommen müssen. Es bleibt nur zu hoffen, dass ausreichend Gruppenplätze für sportbegeisterte Kinder und Jugendliche dann auch überbleiben, die es geben wird.

Ich befürchte, dass, wenn man das nicht valorisiert, das auf Dauer nicht zu halten sein wird. Wer aufhört, sinnvoll zu investieren, um Geld zu sparen, der kann auch probieren die Uhr anzuhalten, um Zeit zu sparen. Das wird nur nicht funktionieren. Investitionen auch in die thermische Sanierung von Gebäuden im Bereich des Sports, der Sportinfrastruktur oder auch der Stadt Graz, die wären sinnvoll, die wären nachhaltig. Diese sind so in diesem Budget nicht ausgewiesen und auch auf den tollen Folien nicht zu lesen gewesen und da sieht man dann ja auch, wo die Richtung hingehet und wo die Wichtigkeit liegt, aber viele Zeitungsberichte, die gezeigt haben, dass alle anderen schuld sind, nur wir selber nicht. Wenn wir mit dem Sport weiter so umgehen in unserer Stadt ist es zwar schön, wenn die Frau Stadträtin Schwentner Radwege und Rad Highways quer durch Graz baut, ich hoffe nur, dass die Leute dann auch fit genug sein werden, dass sie diese dann auch benutzen. Und übrigens, jedes Mal Poller reparieren wären eine Subvention für einen Grazer Sportverein, nur einmal als kleiner Denkanstoß, wo man die Mittel vielleicht ein bisschen besser einsetzen könnte. Aber nun veranschaulichen wir das mit ein paar Zahlen, 85 Vereine in Graz, die täglich tausende Kinder bewegen, haben 3 Millionen frei verfügbares Subventionsbudget. Eine Kulturveranstaltung, zu der Journalisten von nah und fern eingeladen werden, dass es wohl ausreichend Besucher gibt, steierische herbst genannt, 2,9 Millionen Euro. Auch da sieht man die Prioritätensetzung. Unter der linken Stadtregierung hat man auch versprochen, sich dem Mädchensport zu widmen, diesen zu unterstützen. Dazu hat es einen Beteiligungsprozess geben, Standort Kirchner Kaserne. Mädchen haben ähnliche Interessen wie Burschen, was den Sport angeht, aber ein großer Wunsch ist hier ja vorgekommen und das war eine Rollschuhbahn, die einzigartig wäre, Kosten rund 400.000 Euro, die wollen wir nicht aufbringen. Blumentröge in der Annenstraße kosten 400.000 Euro, die habt ihr aufgebracht. Und auch da sieht man eine Prioritätensetzung. Und was ist mit der versprochenen Skateanlage am Grünen geworden? Einige Mandatäre da im Haus haben dann noch laut gewettet und viel versprochen. Geplant wurde es noch unter Schwarz-Blau, umgesetzt wurde die letzten zwei Jahre nichts und wenn ich das Budget so anschau, wird das leider auch dabei bleiben. Als nächstes auch die Sportakademie, für die es am ehemaligen Golfplatz in

Puntigam Möglichkeiten gegeben hat. Eine Drittelfinanzierung vom Land ist auch zugesagt gewesen, verfällt mit Ende des Jahres. Warum? Weil man untätig war, weil man nichts umgesetzt hat. Oder auch wenn ich noch Reininghaus blicke, nach den Vandalenakten ist in Aussicht gestellt worden, dass es dort Jugendzentrum geben soll. Wo findet sich das bitte im Budget? Und warum ist das nicht etwas, was man da oben als großen Erfolg raufschreibt? Weil man es nicht umsetzt und weil es nicht passieren wird und das ist leider Tatsache, der muss man sich stellen. Und nun aber zu einer Aussage vom Herrn Stadtrat Krotzer, die im Kurier kommentiert wurde, diese hat gelautet: Wir bauen keine Luftschlösser. Mit diesem Gerücht möchte ich aufräumen, vielleicht sind es keine Luftschlösser, das ist schon ganz richtig. Ich kenne auch keinen, der ein Luftschloss gebaut hat, aber Luftstadion scheint ihr bauen zu wollen, weil da habt ihr einen Ausschuss einberufen in dem die Informationen eins zu eins sofort, über die Optionen in Graz Puntigam sofort an die Presse hinausgehen. Nicht nur, dass durch das unprofessionelle Vorgehen dort die Grundstückseigentümer, die derzeitigen, wahrscheinlich dort sitzen und sich mit ein paar Würfeln den Quadratmeterpreis auswürfeln können, fußt die ganze Planung auf einer dritten Remise, wo die zweite noch nicht einmal gebaut worden ist, das muss man sich einmal grundsätzlich auf der Zunge zergehen lassen. Wir wissen auch noch nicht, wann wir diese Remise brauchen, also der Standort grundsätzlich ist ja für diese ist in Ordnung, das will ich gar nicht absprechen. Aber brauchen wir die fünf Jahren, in zehn Jahren oder in 15 Jahren? Diese Remise soll aber unter dem Stadion entstehen. Und wenn ich jetzt ein Stadion baue und das Drunten nicht da ist, dann ist das ein Luftstadion und mehr ist es leider nicht. Also ich glaube, wir bleiben dabei, dass wir Gebäude von unten zum Bauen anfangen und nicht von oben. Und da wäre es einfach wichtig, jetzt einmal reinen Wein einzuschenken, da ehrlich zu sein und nicht mit Gipfeltreffen und Sonderausschüssen dann einfach auf Zeit zu spielen. Und zu guter Letzt dann aber noch eine Anregung zum Sparen und zur Sparsamkeit. Als zweite Geschäftsführerin für die Messe Graz wurde unter Schwarz-Blau die Frau Mag. Barbara Muhr eingesetzt, da hat es damals dahinter einen Hintergedanken gegeben und zwar den Sport weiter auszubauen, das Schwarzl Freizeitzentrum zu entwickeln und da einfach dadurch auch

diesen Personalbedarf dann zu benötigen. All diese Projekte wurden vom Dunkelrot-grün-rot abgesagt. Was es aber noch immer gibt, ist die zweite Geschäftsführerin. Da wär es an der Zeit einen Geschäftsführer neu auszuschreiben und zwar einen, den dann dort zu beschäftigen und ich glaube, ich weiß schon, das ist nicht populär, aber ich glaube, damit könnten wir richtig viel Geld sparen. Graz hat nicht primär ein Einnahmenproblem, es hat definitiv und ganz sicher ein Ausgabenproblem. Und aufgrund der dargelegten Punkte ist es mir nicht möglich dem Budget zuzustimmen. Na klar, ich hoffe nur eines und zwar, dass wir in sechs Monaten nicht wieder da sitzen zu einem Budgetgemeinderat und das nicht wieder so eine Kurzzeidlösung ist, sondern das dann zumindest, sollte es so heute beschlossen werden, und das wird es ja leider auch, das zumindest dann auch die geplante Endzeit erreichen. Danke.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (13.50 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Vielen herzlichen Dank. Wir sind nun am Ende der Hauptredner:innen. Wir werden jetzt eine Pause machen und treffen uns, und da bitte ich Sie, wirklich pünktlich zu sein, um 15.00 Uhr wieder hier im Gemeinderat und es geht dann weiter mit den Spezialredner:innen. Alles Gute und Mahlzeit in der Zwischenzeit.

***Unterbrechung der Gemeinderatssitzung: 13.50 Uhr – 15.06 Uhr.***